



**HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG**

**Schulische Inklusion von körperlich und geistig
behinderten Kindern im Main-Tauber-Kreis**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst - Public Management

vorgelegt von

Janina Harich

Studienjahr 2014/2015

Erstgutachterin: Frau Isabella König-Dreher
Zweitgutachterin: Frau Christina Wengel

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	II
Abkürzungsverzeichnis.....	IV
Abbildungsverzeichnis.....	VI
Anlagenverzeichnis	VII
1 Einführung	1
2 Grundlagen	2
2.1 Behinderung.....	2
2.1.1 Allgemeine Definition	3
2.1.2 Körperliche Behinderung	6
2.1.3 Geistige Behinderung	7
2.2 Inklusion	8
2.2.1 Ziel und Aufgaben der Inklusion	9
2.2.2 Grundgesetz und UN-Behindertenrechtskonvention.....	11
2.3 Situation der Inklusion an Schulen	15
3 Verwaltungsverfahren	22
3.1 Rechtliche Grundlagen des Staatlichen Schulamts	23
3.2 Sozialrechtliche Grundlagen.....	26
3.3 Spezielle rechtliche Grundlagen des Main-Tauber-Kreises.....	31
4 Inklusion in der Praxis.....	32
4.1 Schullandschaft im Main-Tauber-Kreis.....	32
4.2 Umfrage zur Inklusion an Schulen im Main-Tauber-Kreis	35
4.2.1 Vorgehensweise	35
4.2.2 Aufbau der Fragebögen.....	37
4.2.3 Vorstellung der Ergebnisse.....	42
4.3 Der Antrag auf Gewährung eines Schulbegleiters.....	54

Schulische Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern im Main-Tauber-Kreis

5	Fazit und Ausblick.....	56
	Literaturverzeichnis	58

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ADHS	Aufmerksamkeitsdefizit-/ Hyperaktivitätsstörung
AGSGB XII	Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetz- buch (SGB XII)
Art.	Artikel
bzw.	beziehungsweise
EinglH-VO	Eingliederungshilfe-Verordnung
FAG	Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich für Baden- Württemberg
GG	Grundgesetz
ICF	International Classification of Functioning, Disability and Health
ICIDH	International Classification of Impairments, Disabilities and Handicaps
i.V.m.	in Verbindung mit
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden- Württemberg
Nr.	Nummer
Rn.	Randnummer
S.	Seite
SchulG	Schulgesetz für Baden-Württemberg
SGB	Sozialgesetzbuch

Schulische Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern im Main-Tauber-Kreis

SGB IX	Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe
u.a.	unter anderem
UN-BRK	UN-Behindertenrechtskonvention, Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
u.v.m.	und viele mehr
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WHO	Weltgesundheitsorganisation
zit.	zitiert als

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Baden-Württemberg auf die einzel- nen Förderschwerpunkte - Schuljahr 2012/13.....	18
Abbildung 2: Inklusionsanteile im Ländervergleich - Schuljahre 2008/09, 2011/12 und 2012/13.....	20
Abbildung 3: Verfahren der inklusiven Beschulung.....	24
Abbildung 4: Auswertung der Frage 2.2 des Fragebogens an Eltern von Kindern ohne Behinderung sowie Frage 3.2 des Fragebogens an Eltern von Kindern mit Behinderung.....	47
Abbildung 5: Auswertung der Frage 2.3 des Fragebogens an Eltern von Kindern ohne Behinderung sowie Frage 3.3 des Fragebogens an Eltern von Kindern mit Behinderung.....	48

Anlagenverzeichnis

Die Anlagen sind auf CD beigelegt.

- Anlage 1: Weltgesundheitsorganisation, Definition Geistige Behinderung, <http://www.euro.who.int/de/health-topics/noncommunicable-diseases/mental-health/news/news/2010/15/childrens-right-to-family-life/definition-intellectual-disability>, Zugriffsdatum: 17.06.2014
- Anlage 2: Definition Inklusion von Köpfer, Andreas, http://www.inklusion-lexikon.de/Inklusion_Koepfer.pdf, Zugriffsdatum: 28.05.2014
- Anlage 3: BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bildung inklusiv, Potenziale entfalten durch Inklusion, Januar 2014
- Anlage 4: Glossar des Staatlichen Schulamts Künzelsau, Stand 10.10.2013
- Anlage 5: Bertelsmann Stiftung, Update Inklusion - Datenreport zu den aktuellen Entwicklungen, 2014
- Anlage 6: Kreistagsdrucksache Nr. 305/2013, Inklusion – Weitergabe der Sachkostenbeiträge und Anlage 1 Karte „Inklusive Beschulungen im Main-Tauber-Kreis“
- Anlage 7: Staatliches Schulamt Künzelsau, Leitfaden zur inklusiven Beschulung im „Gemeinsamen Unterricht“
- Anlage 8: Interview mit Frau Teubner-Steffen von der Arbeitsstelle Kooperation des Staatlichen Schulamts vom 15.07.2014

- Anlage 9: Schulbegleiter zur Integration/Inklusion behinderter Schüler, KVJS, Stand 24.09.2012
- Anlage 10: Orientierungshilfe des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis, Schulbegleitung, Stand November 2013
- Anlage 11: KVJS PowerPoint-Präsentation, Inklusion in Schulen und Kindergärten – Aktuelles, Tagung in Gültstein, 04.12.2013
- Anlage 12: Schulwegweiser Main-Tauber-Kreis, Ausgabe 2014/2015
- Anlage 13: Fragebogen Nr. 1 zur Bachelorarbeit, Zielperson: Eltern eines Kindes mit Behinderung
- Anlage 14: Fragebogen Nr. 2 zur Bachelorarbeit, Zielperson: Eltern eines Kindes ohne Behinderung
- Anlage 15: Auswertung Nr. 1, Fragebögen an Eltern von Kindern mit Behinderung
- Anlage 16: Auswertung Nr. 2, Fragebögen an Eltern von Kindern ohne Behinderung
- Anlage 17: Antrag auf Gewährung von Sozialhilfe des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis
- Anlage 18: Antrag auf Gewährung eines Schulbegleiters des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis

1 Einführung

„Es ist normal, verschieden zu sein.“ Mit diesem Zitat aus seiner Rede sprach der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Jahr 1993 bereits davon, die Verschiedenartigkeit der Menschen anzunehmen und die Benachteiligung, die durch die Behinderung für einen Menschen entsteht, zu überwinden. Kurz gesagt sprach Richard von Weizsäcker schon vor über 20 Jahren von Inklusion.

Die vorliegende Bachelorarbeit befasst sich mit der Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern in einem Bereich, der für deren Entwicklung von enormer Bedeutung ist: von der Inklusion in der Schule. Speziell handelt diese Arbeit von der schulischen Inklusion im Main-Tauber-Kreis. Inklusion ist gerade deshalb so interessant, weil darüber aktuell in ganz Deutschland gesprochen wird. In allen Medien, ob in der Zeitung, im Fernsehen oder im Radio, ist derzeit davon die Rede. Es lässt sich momentan im Zusammenhang mit diesem Thema nicht definieren, was richtig und was falsch ist, da die schulische Inklusion in vielen Teilen Deutschlands noch in den Anfangszügen steckt. Ziel der Bachelorarbeit ist es, die derzeitige rechtliche und tatsächliche Situation der schulischen Inklusion, aber auch die damit verbundene Problematik anhand einer durchgeführten Umfrage im Main-Tauber-Kreis aufzuzeigen.

In Kapitel 2 werden zunächst die Begriffe Behinderung und Inklusion sowie deren rechtliche Bedeutungen erklärt, die für das Verständnis der Bachelorarbeit wichtig sind. Hier wird des Weiteren bereits auf die derzeitige Situation der schulischen Inklusion in Deutschland, Baden-Württemberg und dem Main-Tauber-Kreis eingegangen. Anschließend folgen in Kapitel 3 Informationen über das Verfahren zur schulischen Inklusion in den einzelnen Verwaltungen, dem Staatlichen Schulamt und dem Sozialamt. Kapitel 4 mit der Überschrift „Inklusion in der Praxis“ stellt den größten Teil der Bachelorarbeit dar. Hier wird zuerst die Schullandschaft im Main-Tauber-Kreis aufgezeigt und anschließend die

praktische Arbeit – die bereits erwähnte Umfrage mit betroffenen Eltern – vorgestellt und ausgewertet. Diese soll aufgrund der Nähe der befragten Eltern zur Inklusion im Schulbereich besonders aufschlussreich sein. Zusätzlich wurde ein Antragsformular auf die Gewährung eines Schulbegleiters erarbeitet. Die Arbeit schließt in Kapitel 5 mit dem Fazit und Ausblick für die kommenden Jahre.

2 Grundlagen

Die Bachelorarbeit befasst sich ausschließlich mit der Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern im Schulbereich. Auf seelisch behinderte Kinder wird aufgrund des anderen Leistungssystems nicht eingegangen. Zunächst ist es notwendig, die genannten Begriffe näher zu erläutern.

2.1 Behinderung

Menschen mit einer Behinderung, ob beispielsweise einem Rollstuhlfahrer oder einem blinden Menschen, begegnen wir alltäglich.¹ Behinderung ist längst nichts Außergewöhnliches mehr.

In Deutschland lebten im Jahr 2009 ungefähr 9,6 Millionen Menschen mit einer festgestellten Behinderung. Das entspricht über 11,7 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger. Die meisten dieser Menschen bekommen ihre Behinderung erst im Laufe ihres Lebens, so haben nur vier bis fünf Prozent aller behinderten Menschen ihre Behinderung von Geburt an.²

Der Begriff Behinderung ist sehr umfassend und wird für die unterschiedlichsten Arten von Beeinträchtigungen verwendet. Darum wird er nachfolgend zunächst allgemein definiert.

¹ Vgl. Bleidick, Ulrich, Behinderung als pädagogische Aufgabe: Behinderungsbegriff und behindertenpädagogische Theorie, 1999, S.7 (zit.: Bleidick, Ulrich, 1999).

² Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft, Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, S. 2011, S. 25-26 (zit.: Der Nationale Aktionsplan, 2011).

2.1.1 Allgemeine Definition

Nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) wird der Begriff Behinderung wie folgt definiert: „Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.“ Diese Definition ist für alle Bücher des SGB von Bedeutung.

Der gesetzliche Behinderungsbegriff greift den der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf. Die Internationale Klassifikation der Schädigungen, Fähigkeitsstörungen und Beeinträchtigungen, kurz ICIDH, die die WHO im Jahr 1980 entwickelte, sah die Behinderung noch als Krankheitsfolge. Ein Mensch ist geschädigt, seine Fähigkeiten sind dadurch gestört und somit ist er im sozialen Leben einer Beeinträchtigung ausgesetzt. Das Bundessozialgericht stellte demgegenüber heraus, dass die Auswirkung einer Funktionsbeeinträchtigung eine Behinderung ausmacht. Auch ein Mensch, der nur eine minimale Regelwidrigkeit aufweist, kann durch seine Umwelt schwer behindert sein, beziehungsweise schwer behindert werden. In den neunziger Jahren wurde das Prinzip der Krankheitsfolge weiterentwickelt und es entstand die Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit, kurz ICF. Es kam nun der Aspekt der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft neu hinzu. Die Behinderung stellt ein soziales Verhältnis zwischen dem behinderten Menschen und seiner Umwelt dar. Es geht nun nicht mehr ausschließlich um den Körperschaden, sondern darum, wie hierdurch die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt wird. Behinderte Menschen sind in manchen Lebensbereichen, die einen Menschen an der Gesellschaft teilhaben lassen, wie z.B. in der Mobilität, bei der Bildung und Arbeit, aber auch in ihrer Freizeit, eingeschränkt.³ Somit ist die ICF eine Kombination des medizinischen Behinderungs-

³ Bieritz-Harder, Renate in: Münder, Johannes u.a., SGB XII Lehr- und Praxiskommentar, 2008, § 53 SGB XII Rn. 5 (zit.: Münder, Johannes u.a., 2008).

begriffs, der sich auf die Person mit einer Behinderung bezieht, und des sozialen Behinderungsbegriffs, der den Aspekt der Teilhabe aufgreift.⁴

Auch Art. 1 Satz 2 der UN-Behindertenrechtskonvention⁵ knüpft an die ICF an und beschreibt Menschen mit Behinderungen als Personen, die eine körperliche, geistige, seelische oder Sinnesbeeinträchtigung haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Die ICF, die ebenfalls auf das Modell der Wechselwirkung und – wie bereits erwähnt – auf die Teilhabe an der Gesellschaft abstellt, wurde demnach international anerkannt.

Die Teilhabestörung muss nach § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX mindestens sechs Monate andauern. Mit dieser Regelung wird verhindert, dass Menschen mit einer vorübergehenden Störung Leistungen der Sozialhilfe erhalten.⁶ Um behindert zu sein, muss außerdem die Abweichung von dem für das Lebensalter typischen Zustand gegeben sein. Dieses Kriterium wird kritisch betrachtet, da vor allem bei Kindern häufig nicht genau abgegrenzt werden kann, welcher Zustand für das Alter typisch ist und welcher nicht. Vor allem wenn eine Gesundheitsstörung die Entwicklung bedroht, ist es nicht mehr alterstypisch und wird als abweichender Zustand definiert.⁷

Des Weiteren muss die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt sein. Hierbei gibt es nach der ICF neun Bereiche der Teilhabe. Diese sind die Beteiligung am persönlichen Unterhalt, die Teilnahme an der Mobilität, am Informationsaustausch, am häuslichen Leben und an der Hilfe anderer, die Einbindung in soziale Beziehungen, die Beteiligung am Bildungs- und Ausbildungswesen, an Arbeit und Beschäftigung, die Teilnahme am Wirtschaftsleben und die Einbindung in

⁴ Gesamter Absatz in Anlehnung an Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus/Schellhorn, Walter/Welti, Felix, SGB IX Handkommentar, 2010, § 2 SGB IX Rn. 19-22 (zit.: Lachwitz, Klaus u.a., 2010).

⁵ Näheres siehe Kapitel 2.2.

⁶ Vgl. Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 2 Rn. 27.

⁷ Vgl. Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 2 Rn. 28, 30.

die Gemeinschaft, in das soziale und in das staatsbürgerliche Leben.⁸ Der Begriff der Teilhabebeeinträchtigung bezieht sich also auf alle Lebensbereiche eines Menschen. Nach § 2 Abs. 1 Satz 2 SGB IX steht auch Menschen, die von einer Behinderung bedroht sind, das bedeutet, bei welchen eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist, Leistungen der Sozialhilfe zu. Die Behinderung muss demnach noch nicht eingetreten sein.⁹

§ 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX nennt im ersten Teil des Satzes die „Dimensionen der Gesundheit“¹⁰, nämlich die körperliche Funktion, die geistige Fähigkeit und die seelische Gesundheit, die meist nicht klar voneinander abgegrenzt werden können. Leistungen für körperlich und geistig behinderte Kinder, mit der sich die vorliegende Bachelorarbeit ausschließlich befasst, kann die Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gewähren.

§ 53 Abs. 1 Satz 1 SGB XII verweist auf den soeben definierten Behinderungsbegriff des Neunten Buches Sozialgesetzbuch. Die Menschen, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten, müssen durch ihre Behinderung wesentlich in der Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt sein. Auf Grundlage des § 60 SGB XII hat die Bundesregierung die Eingliederungshilfe-Verordnung erlassen, die in ihren §§ 1 und 2 körperlich und geistig wesentlich behinderte Menschen näher bestimmt.

Jedoch wurde die Eingliederungshilfe-Verordnung mit ihren Definitionen der körperlichen, geistigen und seelischen Störungen nicht an den Behinderungsbegriff des SGB IX und den der ICF angepasst.¹¹

⁸ Vgl. Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 2 Rn. 32.

⁹ Vgl. Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 2 Rn. 32-34.

¹⁰ Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 2 Rn. 23.

¹¹ Vgl. Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 2 Rn. 25, 26.

2.1.2 Körperliche Behinderung

Körperlich wesentlich behindert sind die Personen, die durch körperliche Gebrechen wesentlich in ihrer Teilhabefähigkeit eingeschränkt sind. § 1 EinglH-VO enthält einen Katalog von körperlichen Funktionsstörungen. Nach § 1 Nr. 1 EinglH-VO sind Personen körperlich wesentlich behindert, deren Bewegungsfähigkeit durch eine Beeinträchtigung des Stütz- oder Bewegungssystems in erheblichem Umfang eingeschränkt ist. Die Feststellung der Beeinträchtigung und Einschränkung der Bewegungsfähigkeit erfolgt in der Regel durch eine medizinische Fachkraft, insbesondere durch einen Arzt. Von Fachkräften wie beispielsweise Sozialarbeitern oder Sozialpädagogen soll anschließend festgestellt werden, ob durch die Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit die Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt ist.

Körperlich wesentlich behinderte Menschen sind nach § 1 Nr. 3 EinglH-VO des Weiteren auch Personen, deren körperliches Leistungsvermögen infolge Erkrankung, Schädigung oder Fehlfunktion eines inneren Organs oder der Haut erheblich eingeschränkt ist. Hierzu zählen z.B. schwer herz- oder lebererkrankte Menschen oder Menschen mit Diabetes.

Weiterhin sind gemäß § 1 Nr. 4 bis 6 EinglH-VO Blinde oder Menschen mit einer schweren Störung der Sehfunktion, Menschen mit schweren Hörfunktionsstörungen sowie mit schweren Sprachfunktions- und anderen Kommunikationsstörungen körperlich wesentlich behindert. Hierzu zählen auch Menschen, die stark stammeln, stottern oder deren Sprache stark unartikulierte ist.

Von einer Personengruppe, die von den anderen abweicht, ist in § 1 Nr. 2 EinglH-VO die Rede. Personen mit erheblichen Spaltbildungen des Gesichts oder des Rumpfes oder mit abstoßend wirkenden Entstellungen, vor allem des Gesichts, haben weniger eine Gesundheitsstörung, die sie daran hindert, eine alltägliche Aufgabe zu verrichten. Hier spielt hingegen die Umwelt eine größere Rolle. Durch „einstellungsbezogene Barrieren“¹²

¹² Bieritz-Harder, Renate in: Mündler, Johannes u.a., 2008, § 53 SGB XII Rn. 14.

kann diesen Menschen die Teilhabe erschwert werden. Es ist darum wichtig, hier in jedem Einzelfall konkret nachzufragen, ob solche Barrieren in ihrem Lebensumfeld bestehen.¹³

2.1.3 Geistige Behinderung

Geistig wesentlich behindert nach § 2 EinglH-VO sind Personen, die infolge einer Schwäche ihrer geistigen Kräfte in erheblichem Umfang in ihrer Fähigkeit zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft eingeschränkt sind. Anders als bei der Definition der körperlichen Behinderung wird hier von einer erheblichen Fähigkeitsbeeinträchtigung und nicht von einer wesentlichen gesprochen. Auch bei der geistigen Behinderung muss eine Fähigkeitsbeeinträchtigung festgestellt sein und anschließend der Grad der Teilhabebeeinträchtigung bemessen werden.¹⁴

Zu geistig behinderten Menschen zählen beispielsweise Personen, die erhebliche Intelligenzmängel aufweisen. Bei einer Schwäche der geistigen Kräfte, wie es im Gesetzestext formuliert ist, haben Menschen zumeist einen besonders niedrigen Intelligenzquotienten. Jedoch kann es auch sein, dass ein Mensch einen durchschnittlichen Intelligenzquotienten aufweist, aber trotzdem durch ein geistiges Defizit eine geistige Behinderung vorliegt.¹⁵

Geistig behinderten Menschen fällt es schwer, neue oder schwierige Informationen zu verstehen und neue Fähigkeiten zu erlernen. Durch die beeinträchtigte Intelligenz wird die soziale Kompetenz ebenfalls eingeschränkt, da diese Menschen ihr Leben oft nur sehr schwer unabhängig führen können; zumindest in den durch die Gesellschaft vorgegebenen Normen.¹⁶

¹³ Vgl. Bieritz-Harder, Renate in: Münder, Johannes u.a., 2008, § 53 SGB XII Rn. 10-14.

¹⁴ Vgl. Bieritz-Harder, Renate in: Münder, Johannes u.a., 2008, § 53 SGB XII Rn. 15.

¹⁵ Vgl. Reinhard, Hans-Joachim in: Kruse, Jürgen u.a., SGB XII Sozialhilfe Kommentar, 2012, Verordnung nach § 60 SGB XII, § 2 Eingliederungshilfeverordnung, Rn. 1 (zit.: Kruse, Jürgen u.a., 2012).

¹⁶ Vgl. Weltgesundheitsorganisation, Definition Geistige Behinderung, Anlage 1.

Für die vorliegende Arbeit ist auch der Begriff der Lernbehinderung von Bedeutung, da viele Schülerinnen und Schüler¹⁷ diese Form von Behinderung haben und die Einordnung unter den Begriff der geistigen Behinderung oftmals schwierig ist. Eine Lernbehinderung kann nämlich nur als geistige Behinderung betrachtet werden, wenn sie durch eine Schwäche der geistigen Kräfte entstanden ist. Sie darf keine psychosozialen Gründe, wie z.B. Ängste, Depressionen oder auch Einwirkungen aus dem sozialen Umfeld, haben.¹⁸ „Legasthenie ist nicht bereits dann als wesentliche geistige Behinderung im Sinne von § 53 Abs. 1 Satz 1 SGB XII i.V.m. § 2 EinglH-VO zu bewerten, wenn ein erfolgreicher Schulabschluss gefährdet ist.“¹⁹ Daran zeigt sich die Problematik der Zuordnung einer Lernbehinderung unter den Begriff der geistigen Behinderung.

2.2 Inklusion

„Behinderung ist nicht heilbar. Sie ist integraler Bestandteil der Persönlichkeit behinderter Menschen und verdient Respekt. Behindernde Strukturen und behinderndes Verhalten aber sind heilbar. Die Therapie lautet: Inklusion.“²⁰

Vom Begriff Inklusion ist sowohl in der Politik als auch im Alltag zunehmend häufiger die Rede. Was er bedeutet und woher er stammt, wird nachfolgend erläutert.

Der Begriff Inklusion leitet sich von dem lateinischen Wort „includere“ ab, das übersetzt „einbeziehen“ oder „einschließen“ heißt. Inklusion bedeutet, bestimmte Personengruppen, wie in diesem Fall behinderte Menschen, nicht auszuschließen und in Bezug auf Bildung, dass ein

¹⁷ Zur Vereinfachung wird nachfolgend für alle Begriffe nur noch die männliche Form verwendet.

¹⁸ Vgl. Reinhard, Hans-Joachim in: Kruse, Jürgen u.a., 2012, Verordnung nach § 60 SGB XII, § 2 Eingliederungshilfeverordnung, Rn. 2.

¹⁹ LSG Nds.-B., 5. August 2010, AZ: L 8 SO 143/10 B ER, openjur.

²⁰ Der Nationale Aktionsplan, 2011, S. 19.

gleichberechtigter Zugang zu Bildungsangeboten gewährleistet ist.²¹ Inklusion bedeutet auch, darüber nachzudenken, warum Menschen noch ausgeschlossen werden und wie das verhindert werden kann.²²

Häufig wird der Begriff Inklusion mit dem Begriff Integration verwechselt oder diese werden synonym verwendet. Jedoch verbergen sich hinter den beiden Begriffen zwei unterschiedliche Definitionen. Inklusion gilt als stetige Weiterentwicklung dessen, was mit dem Begriff Integration einst begonnen hat. Mit der Inklusion sind wir an einer neuen Etappe angekommen. Unter Integration versteht man die Eingliederung von Außenstehenden in etwas schon Bestehendes. Das bedeutet, dass ein behinderter Mensch die Hilfe erhält, die er braucht, um in dem Bestehenden zurechtzukommen. Grundgedanke der Inklusion ist hingegen, das Bestehende zu öffnen und die eigenen Grenzen zu verschieben. Durch die Veränderung des Bestehenden sollen die individuellen Hilfen, auf die ein behinderter Mensch bisher angewiesen war, überflüssig werden.²³ Menschen werden nicht erst hinterher integriert, sondern die Gesellschaft ist von Beginn an so geformt, dass jeder Mensch, ob mit oder ohne Behinderung, gleichberechtigt an allem teilhaben kann. Niemand sollte mehr aus der Gemeinschaft aufgrund einer Beeinträchtigung ausgeschlossen sein.

2.2.1 Ziel und Aufgaben der Inklusion

Wie schon viele andere Themen zuvor bringt Inklusion einen fundamentalen Wandel im Denken und Handeln unserer Gesellschaft mit sich. Die Gedanken und Ziele der Inklusion können nicht auf einmal

²¹ Köpfer, Andreas: Inclusion, http://www.inklusion-lexikon.de/Inclusion_Koepfer.pdf [28.05.2014], Anlage 2.

²² Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft Bonn, Inklusion vor Ort: Der Kommunale Index für Inklusion – ein Praxishandbuch, 2011, S. 18 (zit.: Montag Stiftung, 2011).

²³ Vgl. Montag Stiftung, 2011, S. 6, sowie Müller, Günther in: Blum, Volker/ Diegelmann, Elmar, Grundkurs Schulmanagement VI, So kann Inklusion an Schulen gelingen, Praxisberichte aus unterschiedlichen Perspektiven, 2014, S.88 (zit.: Blum, Volker u.a., 2014).

umgesetzt werden. Inklusion ist ein stetiger Prozess, der immer weitergeführt werden und die Sichtweisen der Menschen verändern soll.²⁴

Das Ziel von Inklusion ist das von Anfang an selbstbestimmte Leben und Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung in allen Lebensbereichen. Menschen mit Behinderung müssen in allen Lebensbereichen genau wie Menschen ohne Behinderung gleichberechtigt teilhaben können. Das gilt für das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche sowie kulturelle Leben und für den Bereich, der für diese Bachelorarbeit von größter Bedeutung ist, für die Bildung.²⁵

Im Hinblick auf die Bildung muss gewährleistet werden, dass auch ein Kind mit Behinderung gemeinsam mit seinen Eltern die Wahl zwischen dem Besuch einer Regelschule²⁶ oder einer Sonderschule hat.²⁷ Es darf kein Kind gegen seinen eigenen Willen und gegen den seiner Eltern auf eine Sonderschule verwiesen werden.²⁸

Inklusion bedeutet gemeinsames Lernen aller Kinder von Anfang an. Eine Vision aus der Gesellschaft unserer Zukunft könnte lauten: „Eine Schule für alle - Inhalte und Bildungsformen orientieren sich an den individuellen Bedürfnissen der Kinder“.²⁹

Bildung ist ein zentraler Schlüsselfaktor, denn wenn ein behindertes Kind schon frühzeitig in seiner Entwicklung bestmöglich gefördert wird und eine gute Bildung besitzt, kann es in seinem späteren Leben in allen oben genannten Lebensbereichen eigenständig teilhaben. Allen voran hat es bessere Chancen im Arbeits- und Erwerbsleben. Vorrangiges Ziel muss es sein, mehr behinderten Kindern und Jugendlichen zu einem

²⁴ Vgl. Montag Stiftung, 2011, S. 8, 20, 126.

²⁵ Vgl. Der Nationale Aktionsplan, 2011, S. 8.

²⁶ Die Begriffe Regelschule und allgemeine Schule werden synonym verwendet.

²⁷ Vgl. Der Nationale Aktionsplan, 2011, S. 12.

²⁸ Vgl. Schöler, Jutta/ Merz-Atalik, Kerstin/ Dorrance, Carmen, Auf dem Weg zur Schule für alle: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich: Vergleich ausgewählter europäischer Länder und Empfehlungen für die inklusive Bildung in Bayern, 2010, S. 12 (zit.: Schöler, Jutta u.a., 2010).

²⁹ Der Nationale Aktionsplan, 2011, S. 44.

Schulabschluss und anschließend zu einer Ausbildung zu verhelfen. Aus diesem Grund muss in Deutschland ein inklusives Bildungssystem weiter verwirklicht werden.³⁰

Während der Umsetzung dieser Ziele sollen stets das Wohl und die Leistungsfähigkeit des einzelnen Kindes beachtet werden. Wichtig wäre, dass die Kinder mit einer Behinderung so viel wie möglich gemeinsam mit anderen Kindern unterrichtet werden und dennoch die individuelle Förderung erhalten, die sie benötigen.³¹

Diese gesteckten Ziele bezüglich der Bildung sollen durch den Prozess Inklusion nach und nach umgesetzt werden.

2.2.2 Grundgesetz und UN-Behindertenrechtskonvention

Schon im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist in Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG verankert, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung stellt demnach ein originäres Grundrecht dar. Der Artikel bildet bereits einen Teil der rechtlichen Grundlage inklusiver Bildung.³² Durch diese Bestimmung soll die Stellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft gestärkt werden. Sie zielt auf die Gleichbehandlung von Menschen mit und Menschen ohne Behinderung ab.³³ Auch behinderte Kinder sollen genau wie alle anderen die Möglichkeit der Teilnahme am Unterricht in einer Regelschule haben.

Verstärkt wird dieses Recht durch das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie bildet in Deutschland eine weitere rechtliche Grundlage der inklusiven Beschulung. Im Jahr 2001 hat die Generalversammlung der Vereinten

³⁰ Vgl. BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bildung inklusiv, Potenziale entfalten durch Inklusion, S. 3, Anlage 3 (zit.: BDA, Anlage 3).

³¹ Vgl. BDA, S. 5, Anlage 3.

³² Vgl. Küstermann, Burkhard/ Eikötter, Mirko, Forschungsprojekt „Inklusive Bildung“, in: Behindertenrecht Fachzeitschrift für Fragen der Rehabilitation mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete Schwerbehindertenrecht, Kriegsopferversorgung, Kriegsopferfürsorge Heft 3 2013, S. 102.

³³ Vgl. Castendiek, Jan/ Hoffmann, Günther, Das Recht der behinderten Menschen - Ein Handbuch, 2002, S. 22 (zit.: Castendiek, Jan u.a., 2002).

Nationen vereinbart, ein internationales Übereinkommen zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung auszuarbeiten. Somit entstand am 13.12.2006 das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, kurz die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie gilt in Deutschland nach Unterzeichnung und Ratifizierung seit dem 26.03.2009.

Generelles Ziel der UN-BRK ist es, Menschen mit Behinderung den gleichen menschenrechtlichen Schutz zu gewährleisten, den die Menschen ohne Behinderung besitzen. Sie gestaltet keine neuen Rechte, sondern zeigt die allgemein geltenden Menschenrechte für die Lebenslagen behinderter Menschen auf.³⁴

Aus rechtlicher Sicht stellt die UN-BRK einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den Vereinten Nationen dar, dem Deutschland mit einem förmlichen Gesetz zugestimmt hat. Die Bestimmungen der UN-BRK haben somit den Rang eines einfachen Bundesgesetzes. Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung dazu verpflichtet, diese Bestimmungen anzuwenden.³⁵

Die UN-BRK beinhaltet die Rechte von Menschen mit Behinderung auf Teilhabe und Gleichberechtigung. Die einzelnen Artikel beschreiben deren gleichberechtigte Teilhabe in den unterschiedlichsten Lebensbereichen und führen konkrete Maßnahmen für die Umsetzung auf. Im Hinblick auf die Bildung ist die UN-BRK ein Schritt in Richtung inklusives Bildungssystem.³⁶

In Art. 24 geht die UN-BRK konkret auf das Recht auf Bildung von Menschen mit Behinderung ein. Die Ziele dieser Regelung sind die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems und der gleichberechtigte Zugang aller Personengruppen zu diesem Bildungssystem. Kein Mensch

³⁴ Vgl. Der Nationale Aktionsplan, 2011, S. 22.

³⁵ Vgl. Trenk-Hinterberger, Peter in: Kreutz, Marcus/ Lachwitz, Klaus/ Trenk-Hinterberger, Peter, Die UN-Behindertenrechtskonvention in der Praxis, Erläuterungen der Regelung und Anwendungsgebiete, 2013, S. 3 (zit.: Kreutz, Marcus u.a., 2013).

³⁶ Vgl. Der Nationale Aktionsplan, 2011, S. 22.

darf aufgrund seiner Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden.³⁷

Obwohl grundsätzlich die Bundesländer die Zuständigkeit für den Bildungsbereich inne haben, sind die wesentlichen Adressaten der Schaffung eines inklusiven Bildungssystems bzw. des Zugangs zu diesem der Bund, die Länder und die Kommunen. Die Bundesländer als vorrangig Verpflichtete haben die Aufgabe, die Bestimmungen der UN-BRK auf Länderebene umzusetzen. Die schulische Inklusion soll in den einzelnen Bundesländern gesetzlich verankert werden.³⁸

Bei der Auswertung der deutschen Übersetzung des Art. 24 Abs. 1 UN-BRK ist lediglich von einem integrativen Bildungssystem die Rede, die Pflicht zur Schaffung eines inklusiven Bildungssystems ergibt sich jedoch aus der englischen Originalfassung. Wie bereits in Kapitel 2.2 erläutert, besteht hier ein gravierender Unterschied. Bei der Integration muss sich der behinderte Schüler an das derzeit geltende System anpassen, bei der Inklusion hingegen passt sich das Schulsystem an den behinderten Schüler an.

Art. 24 Abs. 1 UN-BRK beschreibt die Ziele des Artikels wie z.B. die volle Entfaltung der Persönlichkeiten und Begabungen, der Kreativität und der körperlichen sowie geistigen Fähigkeiten von Menschen mit Behinderung. Hierbei sollen die Vertragsstaaten nach Art. 24 Abs. 2 UN-BRK sicherstellen, dass behinderte Kinder nicht aufgrund ihrer Behinderung vom Grundschulunterricht und auch nicht vom Besuch einer weiterführenden Schule ausgeschlossen werden. Ihnen muss nach Art. 24 Abs. 2 b) UN-BRK der gleiche Zugang zu Grundschule und weiterführender Schule gewährt werden. Daraus leitet sich ein individueller Anspruch auf den Zugang zu einer Regelschule und die inklusive Beschulung an dieser Schule ab. Es ist daher die Aufgabe der Länder, diesen Anspruch im Schulgesetz zu verankern. Um Menschen mit

³⁷ Vgl. Kreutz, Marcus in: Kreutz, Marcus u.a., 2013, Art. 24, Rn. 3 sowie Welke, Antje, UN-Behindertenrechtskonvention mit rechtlichen Erläuterungen, 2012, Art. 24, Rn. 1 (zit.: Welke, Antje, 2012).

³⁸ Vgl. Kreutz, Marcus in: Kreutz, Marcus u.a., 2013, Art. 24, Rn. 5, 6 sowie Welke, Antje, 2012, Art. 24, Rn. 5.

Behinderung den Erwerb lebenspraktischer Fähigkeiten und sozialer Kompetenzen zu ermöglichen, damit sie gleichberechtigt an der Bildung teilhaben können, ergreifen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen. Alle in Art. 24 Abs. 3 UN-BRK dargestellten Maßnahmen beziehen sich auf die Kommunikation von behinderten Menschen mit deren Mitmenschen. So soll beispielsweise das Erlernen der Brailleschrift und der Gebärdensprache erleichtert und für blinde, gehörlose oder taubblinde Menschen individuell geeignete Kommunikationsmittel zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen in einem Umfeld vermittelt werden, das die bestmögliche schulische Entwicklung gestattet; das könnte auch bedeuten, dass behinderte Menschen zunächst eventuell in gesonderten schulischen Einrichtungen unterrichtet werden, in denen sie die Fähigkeiten erlernen, die sie für die Teilnahme am Unterricht in einer Regelschule benötigen. „Das Ziel einer inklusiven Bildung wird hier nicht negiert“³⁹, sogar Interessenverbände behinderter Menschen erachten das Erlernen bestimmter Fähigkeiten in Bezug auf die Kommunikation in gesonderten Einrichtungen als sinnvoll.

Art. 24 Abs. 4 UN-BRK geht auf die Verpflichtung ein, Lehrkräfte, einschließlich solcher mit Behinderung, einzustellen, die in Brailleschrift oder Gebärdensprache ausgebildet sind. Das Bewusstsein der Fachkräfte für Behinderungen muss durch Schulungen intensiviert werden. Sie müssen dahingehend geschult werden, alternative Mittel der Kommunikation und Materialien zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung einzusetzen.

Die UN-BRK sieht keine sofortige Umsetzung des inklusiven Schulsystems vor. Vielmehr sollen die Länder gemäß Art. 4 Abs. 2 UN-BRK ihr bestehendes Bildungssystem „nach und nach“ umstellen, wobei sämtliche verfügbaren Mittel ausgeschöpft werden müssen.

³⁹ Kreutz, Marcus in: Kreutz, Marcus u.a., 2013, Art. 24, Rn. 20.

Anders verhält es sich mit Verpflichtungen des Übereinkommens, die nach Völkerrecht sofort anwendbar sind. Diese müssen direkt umgesetzt werden.⁴⁰

2.3 Situation der Inklusion an Schulen

Die UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel des inklusiven Bildungssystems hat in der Schul- und Bildungslandschaft in Deutschland beispielsweise durch die bevorstehende Änderung des Schulgesetzes bereits einen enormen Umbruch veranlasst. Jedoch sind die Bestimmungen der UN-BRK in der Realität in Deutschland bis jetzt nur zum Teil umgesetzt. Die volle Umsetzung wird auch noch länger dauern, da der Prozess Inklusion mit den damit verbundenen zahlreichen Änderungen und Neuerungen seine Zeit brauchen wird. Vor allem die unterschiedlichen Meinungen und Herangehensweisen der Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung lassen die Inklusion immer wieder ins Stocken geraten, aber auch finanziell kann das inklusive Bildungssystem in Deutschland nicht unverzüglich verwirklicht werden.

Die Umsetzung der Inklusion ist in jedem der 16 Bundesländer Deutschlands auf einem anderem Entwicklungsstand. Das liegt unter anderem an der sehr komplizierten Schullandschaft in Deutschland. Es werden unterschiedliche Begrifflichkeiten der einzelnen Schularten verwendet und auch die Schulgesetze der einzelnen Länder enthalten verschiedene Regelungen. Während beispielsweise in Bremen Förderschulen mit einigen Förderschwerpunkten, wie z.B. Lernen, ganz abgeschafft wurden, sollen in Hessen Förderschulen mit allen Schwerpunkten erhalten bleiben, um das Wahlrecht der Eltern zwischen einer Regel- oder einer bestimmten Sonderschule nicht einzuschränken.⁴¹

⁴⁰ Gesamter Abschnitt vgl. Kreutz, Marcus in: Kreutz, Marcus u.a., 2013, Art. 24, Rn. 8-24.

⁴¹ Vgl. Blum, Volker u.a., 2014, S. 5.

Das Schulgesetz für Baden-Württemberg soll zum Schuljahr 2015/2016 geändert werden. Es wird dann ein explizites Wahlrecht für Eltern enthalten, ob ihr Kind an einer Sonderschule unterrichtet werden oder eine inklusive Beschulung an einer allgemeinen Schule erhalten soll.

Zunächst ist kurz der nachfolgend häufiger verwendete Begriff des sonderpädagogischen Förderbedarfs zu erläutern und die Abgrenzung zum Begriff der Behinderung zu verdeutlichen. Im Schulrecht wird der Begriff des sonderpädagogischen Förderbedarfs verwendet, der zumindest teilweise mit dem Begriff der Behinderung identisch ist. Kinder, die Lern- oder Verhaltensstörungen aufzeigen, haben eher Förderbedarfe, die sozial anstatt gesundheitlich bedingt sind.⁴² Dahingegen ist eine Behinderung gesundheitlich bedingt.⁴³ Ein Kind kann auch einen sonderpädagogischen Förderbedarf aufgrund seiner Entwicklungsverzögerung haben, er muss nicht nur durch eine Behinderung zustande kommen.⁴⁴

Im derzeit geltenden Schulgesetz ist in § 15 SchulG für Baden-Württemberg die sonderpädagogische Förderung von behinderten Schülern geregelt. Grundsätzlich gibt es nach § 15 Abs. 1 SchulG zur Erziehung, Bildung und Ausbildung von Schülern, die aufgrund einer Behinderung sonderpädagogischen Förderbedarf haben, die Sonderschulen. Eine Voraussetzung ist, dass diese Schüler in den allgemeinen Schulen nicht die ihnen zukommende Erziehung, Bildung und Ausbildung erfahren können. Durch den Besuch einer in § 15 Abs. 1 SchulG genannten Sonderschule erhalten sie einen Bildungsgang, der ihren individuellen Bildungsansprüchen entspricht. In den Sonderschulen haben die behinderten Schüler trotzdem Anspruch auf „Bildungsgänge mit

⁴² Vgl. Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 2 Rn. 18.

⁴³ Näheres siehe Kapitel 2.1.

⁴⁴ Vgl. Glossar des Staatlichen Schulamts Künzelsau, Begriff sonderpädagogischer Bildungsbedarf, Anlage 4.

den Bildungszielen der übrigen Schularten⁴⁵. Beispielsweise haben die Schüler an einer Schule für Sehbehinderte die Möglichkeit, den Realschulabschluss oder das Abitur zu machen; Förderschulen für Lernbehinderte und Schulen für Geistigbehinderte haben hingegen eigene Bildungsgänge, da diese Schüler nicht die allgemeinen Bildungsziele erreichen können. Nach § 15 Abs. 4 SchulG ist die Förderung behinderter Schüler jedoch auch Aufgabe der allgemeinen Schulen. Sie werden dort unterrichtet, wenn sie aufgrund der gegebenen Verhältnisse dem jeweiligen gemeinsamen Bildungsgang in diesen Schulen folgen können. Dabei erhalten die allgemeinen Schulen die Unterstützung der Sonderschulen. § 15 Abs. 3 SchulG zielt darauf ab, behinderte Kinder nicht während der gesamten Schulzeit auszugliedern, sondern diese gegebenenfalls nach Aufgabenerfüllung der Sonderschule in die allgemeinen Schulen einzugliedern. An den Grund-, Haupt-, Realschulen und an Gymnasien können nach § 15 Abs. 6 SchulG Außenklassen von Sonderschulen gebildet werden, in deren Rahmen die allgemeinen Schulen mit den Sonderschulen zusammenarbeiten. Die Entscheidung über die Bildung einer Außenklasse trifft die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit den beteiligten Schulträgern und unter Beachtung der räumlichen und sächlichen Voraussetzungen.⁴⁶

Die Schulaufsichtsbehörde⁴⁷ entscheidet nach § 82 Abs. 2 SchulG darüber, ob ein behinderter Schüler den Anspruch auf Beschulung in einer Sonderschule hat und anschließend, welche die geeignete für ihn ist. Die Schulaufsichtsbehörde strebt zwar das Einvernehmen mit den Eltern an, jedoch hat sie im Zweifelsfall das alleinige Entscheidungsrecht und kann auch gegen den Willen der Eltern entscheiden. Das soll nach der bevorstehenden Schulgesetzänderung nicht mehr möglich sein. An

⁴⁵ Hochstetter, Herbert/ Muser, Eckart, Schulgesetz für Baden-Württemberg, Erläuterte Textausgabe, 2005, § 15, Rn. 3 (zit.: Hochstetter, Herbert u.a., 2005).

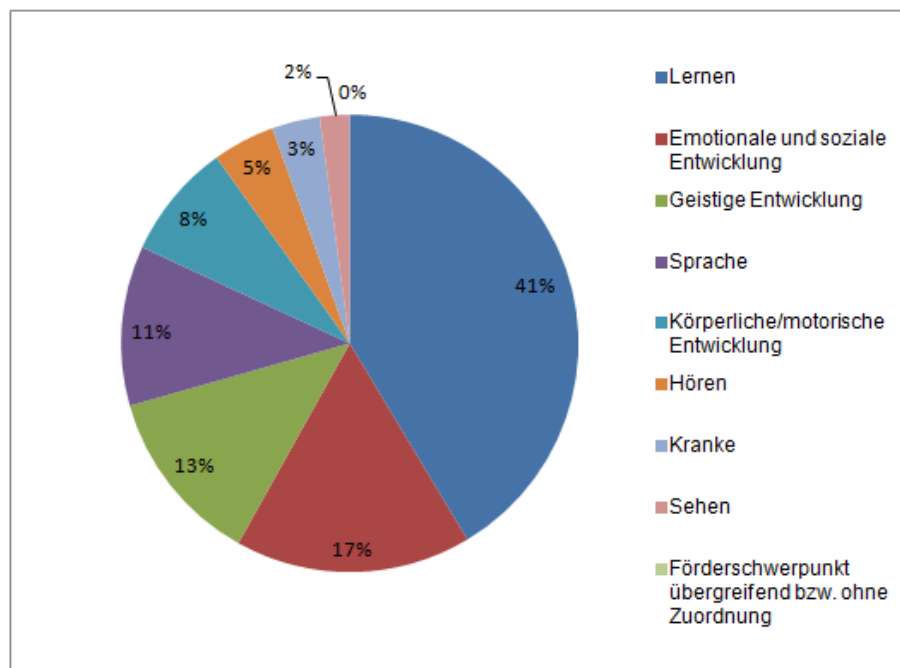
⁴⁶ Vgl. Hochstetter, Herbert u.a., 2005, § 15, Rn. 2-8, sowie Poscher, Ralf/ Rux, Johannes/ Langer, Thomas, Von der Integration zur Inklusion, 2008, S. 72 (zit.: Poscher, Ralf u.a., 2008).

⁴⁷ Näheres siehe Kapitel 3.1.

diesem System in Baden-Württemberg ist erkennbar, dass integrative bzw. inklusive Unterrichtsformen bis jetzt noch die Ausnahme bilden und die derzeit geltende Rechtslage in Baden-Württemberg den Bestimmungen aus der UN-BRK nur rudimentär entspricht.⁴⁸

Zur Verdeutlichung des soeben Ausgeführten wird nun die Frage geklärt, wie die Situation der Inklusion in Deutschland und ganz konkret in Baden-Württemberg zur Zeit tatsächlich aussieht: Im Schuljahr 2012/2013 lag die Förderquote, das heißt der Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allen Schülern im schulpflichtigen Alter in Deutschland, bei 6,6 Prozent. Das bedeutet, dass 494.744 Schüler der Klassenstufen eins bis zehn in Deutschland einen festgestellten Förderbedarf hatten. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier der Anteil um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. In Baden-Württemberg haben rund 72.600 Schüler einen Förderbedarf, das entspricht einer Förderquote von sieben Prozent.

Abbildung 1: Verteilung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Baden-Württemberg auf die einzelnen Förderschwerpunkte - Schuljahr 2012/13



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Bertelsmann Stiftung, Anlage 5

⁴⁸ Vgl. Poscher, Ralf u.a., 2008, S. 72-74.

Den weitaus größten Anteil macht der Förderschwerpunkt „Lernen“ mit rund 41 Prozent aus. Einen Förderbedarf im Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ haben rund 13 Prozent und im Bereich der körperlichen Fähigkeiten, darin eingeschlossen die körperliche/motorische Entwicklung, Hören und Sehen, rund 16 Prozent aller Schüler mit festgestelltem Förderbedarf.

Ungefähr ein Drittel der Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Hören“ und „Sehen“ werden in Baden-Württemberg inklusiv beschult. Dahingegen findet kaum ein gemeinsamer Unterricht mit Schülern, die einen Förderbedarf im Bereich der geistigen Entwicklung haben, statt. Die inklusive Beschulung liegt hier bei unter einem Prozent.

Der Anteil der Förderschüler an allgemeinen Schulen, auch Inklusionsanteil genannt, ist in den letzten Jahren in allen 16 Bundesländern gestiegen. Baden-Württemberg verzeichnete hierbei den geringsten Anstieg, liegt aber mit 27,7 Prozent nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Nur ungefähr jeder vierte Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf, also rund 20.100 von den oben genannten 72.600 Schülern, besucht eine allgemeine Schule.

Die genannte Inklusionsquote von 27,7 Prozent in Baden-Württemberg umfasst jedoch nicht nur die Inklusion von Kindern mit einer Behinderung. Diese Prozentzahl beinhaltet auch Kinder, die lediglich sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf haben. Dies sind beispielsweise Schüler mit einer Lern- oder Sinnesbeeinträchtigung, die von Pädagogen einer Sonderschule im Schulalltag an der allgemeinen Schule zwar begleitet werden, jedoch nicht, wie es die Bewilligung der Leistungen nach der Eingliederungshilfe verlangt, wesentlich behindert sind.⁴⁹ Wenn nur Schüler berücksichtigt würden, die Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot und somit auf den Besuch einer Sonderschule hätten, wäre die

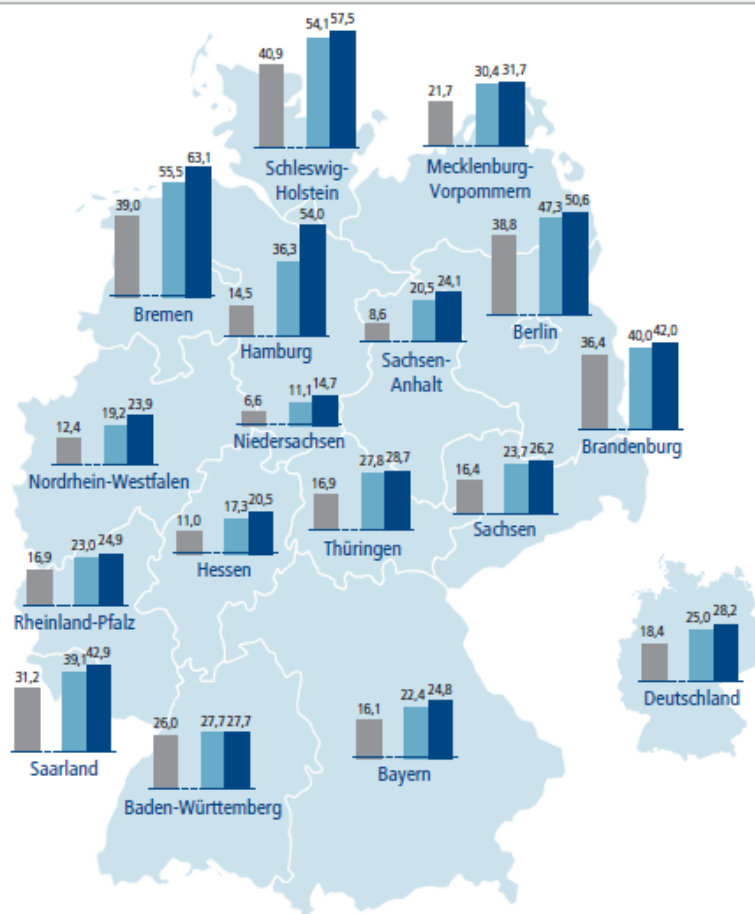
⁴⁹ Näheres zu den Leistungen nach der Eingliederungshilfe siehe Kapitel 3.2.

Schulische Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern im Main-Tauber-Kreis

Inklusionsquote viel geringer. Eine genaue Zahl zu ermitteln ist nahezu unmöglich.

Abbildung 2: Inklusionsanteile im Ländervergleich - Schuljahre 2008/09, 2011/12 und 2012/13

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, die inklusiv unterrichtet werden, an allen Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, Angaben in Prozent



Inklusionsanteile: 2008/09 2011/12 2012/13

Quellen: KMK 2010, KMK 2012a, KMK 2012b, KMK 2012c, KMK 2012d sowie KMK 2014.

Bertelsmann Stiftung

Quelle: Bertelsmann Stiftung, S. 16, Anlage 5

Fünf Prozent aller Schüler im schulpflichtigen Alter werden in einer separaten Förderschule unterrichtet. Mit dieser Exklusionsquote liegt Baden-Württemberg sogar etwas über dem Bundesdurchschnitt. Beachtlich ist hier jedoch, dass dieser Anteil in den letzten Jahren kaum zurückgegangen ist, obwohl der Anteil der Schüler mit Förderbedarf in

allgemeinen Schulen gestiegen ist. Das lässt darauf schließen, dass die Umsetzung der Inklusion ohne Zusammenhang zum Sonderschulsystem erfolgt. Dabei wäre es für die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf von großer Bedeutung, eine Regelschule zu besuchen, vor allem aus dem Grund, dass in Baden-Württemberg lediglich ein Fünftel aller Förderschüler die Förderschule mit mindestens dem Hauptschulabschluss verlässt.⁵⁰

Das zeigt, dass es für das Ziel des inklusiven Bildungssystems wichtig ist, die Exklusionsquote nicht zu übersehen, sondern im Gegenteil diese parallel zum steigenden Inklusionsanteil zu senken. Nur dadurch kann erreicht werden, dass die Regel- und die Sonderschulen zusammengeführt werden und gemeinsam an den Zielen arbeiten können, zu denen sich Deutschland mit der Unterzeichnung der UN-BRK verpflichtet hat.

Der integrative oder inklusive Unterricht an allgemeinen Schulen kann in verschiedenen Formen stattfinden. Zum einen gibt es die Möglichkeit, Schüler mit einer Behinderung zielgleich mit den Mitschülern zu unterrichten. Diese nehmen am regulären Unterricht teil und können durch individuelle Unterstützung oder sonderpädagogische Förderung die allgemeinen Bildungsziele und das erforderliche Leistungsniveau erreichen. Diese Form des inklusiven Unterrichts ist vor allem für Kinder mit einer körperlichen Behinderung sinnvoll.

Zum anderen ist der zieldifferente Unterricht eine Form der schulischen Inklusion. Die behinderten Schüler werden dabei in die Klasse aufgenommen, aber das erforderliche Leistungsniveau wird ihren Fähigkeiten angepasst. Sie werden nicht die gleichen allgemeinen Bildungsziele erreichen wie ihre Mitschüler. Häufig handelt es sich hierbei um geistig behinderte Schüler.

Eine weitere Art der Inklusion, die hingegen oft kritisch beäugt wird und zum Teil nicht als inklusive Beschulung gesehen wird, ist die Bildung einer

⁵⁰ Gesamter Abschnitt vgl. Bertelsmann Stiftung - Update Inklusion - Datenreport zu den aktuellen Entwicklungen, 2014, S. 4-18, Anlage 5 (zit.: Bertelsmann Stiftung, Anlage 5).

Außenklasse von einer Sonderschule. Schüler der Sonderschule und Schüler der Regelschule werden in manchen Schulfächern gemeinsam unterrichtet und auch die Pausen werden zusammen verbracht. Jedoch gehen die Schüler ansonsten getrennte Wege.⁵¹

Im Main-Tauber-Kreis werden alle drei Möglichkeiten der schulischen Inklusion bereits ausgeübt. Der Landkreis steuert auf gruppenbezogene Lösungen hin. Das ist vor allem bei mehreren Förderschülern, die gemeinsam eine Klasse einer allgemeinen Schule besuchen, möglich. Bei geistig behinderten Kindern gestaltet sich dies schwieriger. Aufgrund der geringen Anzahl von geistig behinderten Kindern an allgemeinen Schulen im Main-Tauber-Kreis gibt es daher zur Zeit mehr Einzelinklusionen.

Im Schuljahr 2012/2013 wurden im Main-Tauber-Kreis drei Schüler einzeln inkludiert, davon waren zwei Schüler geistig behindert und ein Schüler gehörlos. Insgesamt 20 Förderschüler wurden in vier verschiedenen allgemeinen Schulen, davon in zwei Grundschulen, einer Grund- und Hauptschule und einer Gemeinschaftsschule, gruppenbezogen unterrichtet. Lediglich zwei geistig behinderte Kinder konnten in einer Gruppenlösung gemeinsam in einer Regelschule inkludiert werden. Im Schuljahr 2012/2013 wurden drei Außenklassen von einer Schule für Körperbehinderte, einer Schule für Geistigbehinderte und einer Förderschule an Regelschulen eingerichtet. Insgesamt 16 Schüler nahmen somit im Rahmen einer Außenklasse zumindest teilweise am Unterricht in einer Regelschule teil.⁵²

3 Verwaltungsverfahren

Nachdem nun die Grundlagen sowie die derzeitige Situation der Inklusion an den Regelschulen dargestellt wurde, soll im Nachfolgenden auf die rechtlichen Grundlagen eingegangen und das Vorgehen der Eltern eines

⁵¹ Vgl. Poscher, Ralf u.a., 2008, S. 50.

⁵² Vgl. Kreistagsdrucksache Nr. 305/2013, Inklusion – Weitergabe der Sachkostenbeiträge, Karte „Inklusive Beschulungen im Main-Tauber-Kreis“, Anlage 6.

körperlich oder geistig behinderten Kindes bei der Anmeldung der inklusiven Beschulung in einer allgemeinen Schule dargelegt werden. Grundsätzlich spielen bei dieser Frage im Main-Tauber-Kreis zwei Behörden eine Rolle. Zum einen ist das Staatliche Schulamt in Künzelsau in diesen Angelegenheiten zuständig und zum anderen gewährt gegebenenfalls auch das Sozialamt des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis zusätzlich Leistungen an inklusiv beschulte Kinder.

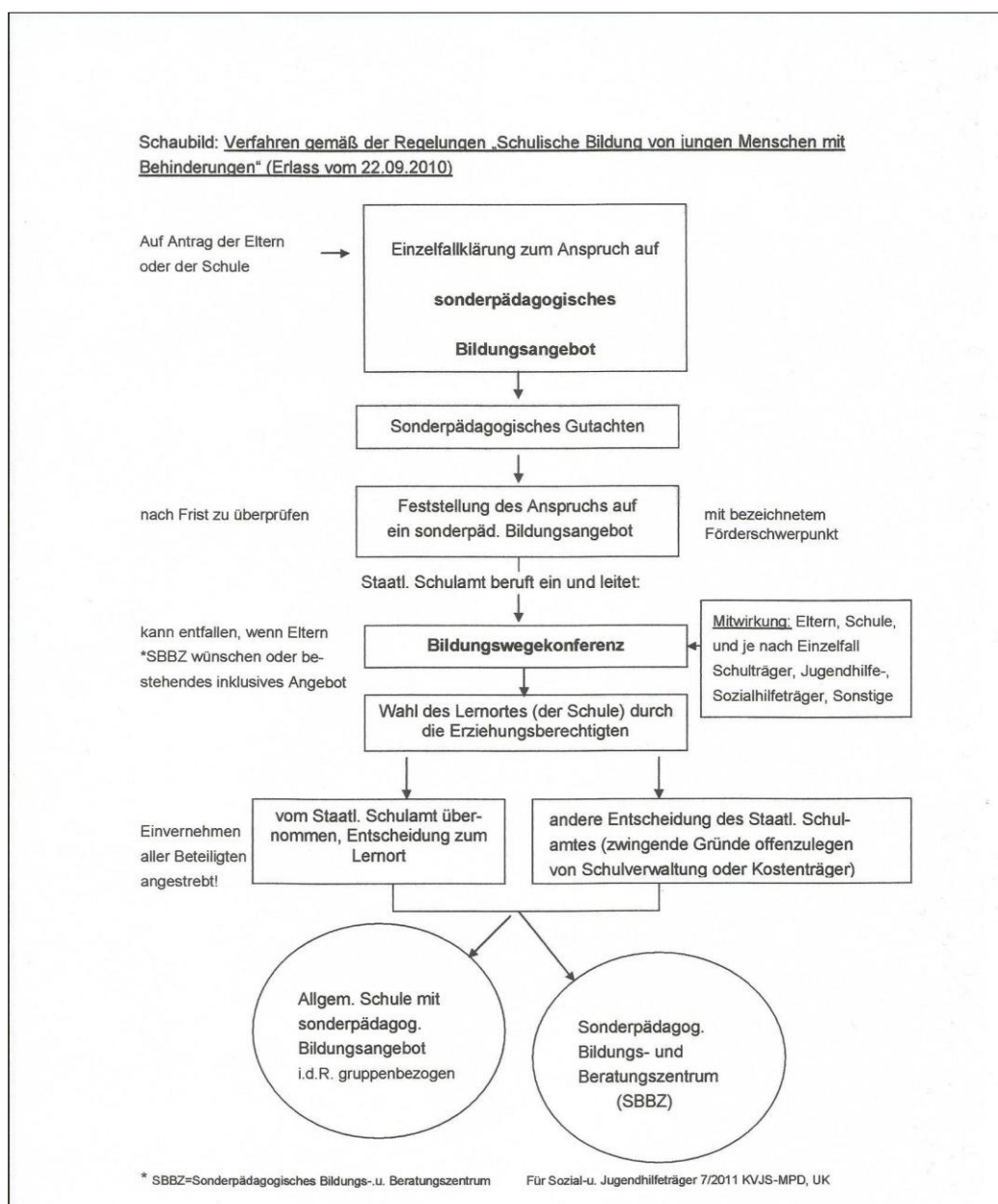
3.1 Rechtliche Grundlagen des Staatlichen Schulamts⁵³

Untere Schulaufsichtsbehörde nach § 33 SchulG für alle in ihrem Schulaufsichtsbezirk liegenden Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen, Gemeinschaftsschulen sowie die entsprechenden Sonderschulen ist das Staatliche Schulamt. Für die Schulen im Main-Tauber-Kreis ist das Staatliche Schulamt in Künzelsau zuständig.

Eltern, die den Wunsch auf eine inklusive Beschulung ihres Kindes haben, sollen zunächst mit der allgemeinen Schule, in die das Kind vorzugsweise gehen soll, Kontakt aufnehmen. Dort liegen die Meldebögen für die Beantragung des sogenannten gemeinsamen Unterrichts an einer Regelschule aus, die von den Eltern oftmals mit Hilfe von Lehrkräften ausgefüllt und an das Staatliche Schulamt weitergeleitet werden. Bei manchen Kindern wird auch durch eine Lehrkraft aus der Grundschule, die im letzten halben Kindergartenjahr vor der Einschulung Kontakt zu den Vorschulkindern aufnimmt, festgestellt, dass das Kind womöglich nicht fähig ist, die Grundschule ohne Hilfe zu besuchen. Auch hier werden die Eltern auf die Anmeldung zum gemeinsamen Unterricht an einer Regelschule hingewiesen.

⁵³ Vgl. Staatliches Schulamt Künzelsau, Leitfaden zur inklusiven Beschulung im „Gemeinsamen Unterricht“, Anlage 7 sowie Interview, Anlage 8.

Abbildung 3: Verfahren der inklusiven Beschulung



Quelle: Schulbegleiter zur Integration/Inklusion behinderter Schüler, KVJS, S. 12, Anlage 9

Nach der Anmeldung kommt ein Mitarbeiter der Arbeitsstelle Kooperation aus dem jeweiligen Landkreis auf die Eltern zu. Seine Aufgaben sind die Betreuung und Begleitung der inklusiven Bildungsangebote im Landkreis. Dieser gibt auch die sonderpädagogischen Gutachten in Auftrag, die durch einen Sonderschullehrer erstellt werden. Darin werden der Bildungsanspruch und der Unterstützungsbedarf festgelegt. Es folgt die

Schulangebotsplanung, bei der das Staatliche Schulamt eine geeignete, bevorzugt wohnortnahe und gruppenbezogene Lösung einer inklusiven Beschulung sucht. Es werden Beratungsgespräche mit den Eltern geführt, Wünsche abgefragt und Angebote gemacht. In einer Bildungswegekonferenz wird letztendlich gemeinsam mit den Eltern, den verantwortlichen Lehrkräften, einem Mitarbeiter des Staatlichen Schulamts und gegebenenfalls einem Mitarbeiter des Sozialamts, falls dieses auch Kosten übernehmen wird, nach Abwägung der Vor- und Nachteile der vorgeschlagenen Schulen eine geeignete Lösung für das Kind ausgesucht. Es geht hier auch schon darum, wie der Unterricht konkret aussehen wird und in welchem Umfang das Kind durch einen Sonderschullehrer unterstützt wird. Falls sich alle Beteiligten auf eine Lösung einigen, ergeht ein Bescheid. Die inklusive Beschulung muss rechtzeitig vor jedem Schuljahr durch die Eltern erneut beantragt werden.

Die Leistungen, die das Staatliche Schulamt im Rahmen der inklusiven Beschulung vergibt, sind die Zuweisungen von Lehrerstunden. Beispielsweise erhält ein Schüler, der den Förderbedarf für eine Schule für geistig behinderte Kinder hat, bei einem inklusiven Bildungsangebot vier bis sechs Lehrerstunden pro Woche. Das bedeutet, dass während diesen Stunden ein Sonderschullehrer an der allgemeinen Schule im Unterricht dabei ist und das behinderte Kind pädagogisch unterstützt. Die Stundenzuweisung hängt immer vom Lehrerdeputat der Sonderschule ab, da die Schule selbst abwägen muss, dass nicht zu viele Lehrerstunden an der eigenen Einrichtung fehlen. Vor allem aus diesem Grund wird im Main-Tauber-Kreis sehr stark darauf geachtet, dass gruppenbezogene Lösungen verwirklicht werden und ein Sonderschullehrer gebündelt für mehrere behinderte Kinder zuständig ist.

Es kann vorkommen, dass Eltern den sonderpädagogischen Förderbedarf oder die Behinderung ihres Kindes nicht durch ein sonderpädagogisches Gutachten festgestellt haben wollen. In diesen Fällen kann das Staatliche Schulamt lediglich beraten und den Eltern verdeutlichen, dass sie sich und

ihrem Kind dadurch eine Chance nehmen. Ohne ein Gutachten und den Feststellungsbescheid können keine Lehrerstunden zugewiesen werden.

Das Staatliche Schulamt Künzelsau weist die Eltern außerdem darauf hin, dass sie beim Sozialamt des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis gegebenenfalls auch Leistungen erhalten können.

3.2 Sozialrechtliche Grundlagen

Kinder mit einer Behinderung, die inklusiv beschult werden, erhalten teilweise im Rahmen der Eingliederungshilfe Leistungen vom Sozialamt. Das ist vor allem der Fall, wenn die vorhandenen Mittel, z.B. die Lehrerstunden, die von der Sonderschule mitgegeben werden, nicht ausreichen oder wenn ein Kind laut Entscheidung des Staatlichen Schulamts keinen Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, also den Besuch einer Sonderschule hat, aber trotzdem Unterstützung benötigt. Die maßgebliche Gesetzesgrundlage ist die Gewährung von Sozialhilfe nach dem SGB XII.

Zunächst ist die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Trägers der Leistungen im Main-Tauber-Kreis zu klären. Nach § 97 Abs. 1 SGB XII ist der örtliche Träger der Sozialhilfe für die Sozialhilfe sachlich zuständig, soweit nicht der überörtliche Träger sachlich zuständig ist. Der überörtliche Träger der Sozialhilfe in Baden-Württemberg ist der Kommunalverband für Jugend und Soziales. Die Zuständigkeit des überörtlichen Trägers wird gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII nach Landesrecht bestimmt. § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 2 AGSGB XII regelt, dass die örtlichen Träger der Sozialhilfe für die in § 8 SGB XII genannten Hilfen, zu denen die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gehört, sachlich zuständig sind. Somit liegt die sachliche Zuständigkeit beim örtlichen Träger der Sozialhilfe, also beim Landkreis. Örtlich zuständig nach § 98 SGB XII ist der Träger der Sozialhilfe, in dessen Bereich sich die Leistungsberechtigten tatsächlich aufhalten. Das Landratsamt Main-Tauber-Kreis ist demnach sachlich und örtlich

für die Gewährung von Sozialhilfe für die Leistungsberechtigten zuständig, die sich tatsächlich im Main-Tauber-Kreis aufhalten. Das sechste Kapitel des SGB XII befasst sich mit der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Beim Landkreis Main-Tauber-Kreis erfolgt die Gewährung von Eingliederungshilfe nach dem SGB XII durch das Sozialamt – Sachgebiet Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Nach § 53 Abs. 1 SGB XII erhalten Menschen mit einer wesentlichen Behinderung⁵⁴, durch die sie an der Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt sind, Leistungen der Eingliederungshilfe. Hierbei muss die Aussicht bestehen, dass die Aufgabe der Eingliederungshilfe erfüllt werden kann. Diese Aufgabe ist nach § 53 Abs. 3 SGB XII in erster Linie die Eingliederung der behinderten Menschen in die Gesellschaft. Wenn dieser Absatz in Verbindung mit § 1 Satz 1 SGB IX gesehen wird, ergeben sich drei Teilziele. Das sind die Förderung der Selbstbestimmung behinderter Menschen, die Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und die Vermeidung einer Benachteiligung gegenüber anderen Menschen. Vor allem die beiden zuletzt genannten Ziele bauen auf Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG auf. Die Förderung der Selbstbestimmung dagegen lässt sich aus den Freiheitsrechten eines jeden Menschen und allen voran aus Art. 1 Abs. 1 GG, der Achtung der Menschenwürde, schließen. Die Grundrechte müssen von allen Menschen, also auch von Menschen mit einer Behinderung, in Anspruch genommen werden können.⁵⁵

§ 53 Abs. 4 SGB XII verweist auf die Leistungen zur Teilhabe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch. Speziell zum Bereich der schulischen Inklusion ist hier § 4 Abs. 3 SGB IX zu betrachten. Danach müssen Leistungen für Kinder mit Behinderung so gestaltet sein, dass diese nach Möglichkeit nicht von ihrem sozialen Umfeld getrennt werden und gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut werden können. Durch diese Regelung wird der Leistungsträger unter anderem an die Verwirklichung

⁵⁴ Näheres hierzu siehe Kapitel 2.1.

⁵⁵ Vgl. Bieritz-Harder, Renate in: Münder, Johannes u.a., 2008, § 53 SGB XII Rn. 24.

eines integrativen Schulbesuchs behinderter Kinder, vorrangig vor dem Besuch einer Sonderschule, gebunden.⁵⁶ Der Sozialhilfeträger hat nicht zu entscheiden, ob der Besuch einer Regelschule für ein behindertes Kind sinnvoll ist und ob es dort eine angemessene Schulbildung erhält. Das ist wie bereits genannt alleinige Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde. Der Sozialhilfeträger hat nicht das Recht, ein behindertes Kind auf eine Sonderschule zu verweisen, um keine Eingliederungshilfe gewähren zu müssen.⁵⁷

Leistungen der Eingliederungshilfe sind in § 54 SGB XII aufgeführt. Im Hinblick auf die schulische Inklusion sind die Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB XII, zu nennen. Die Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung umfassen gemäß § 12 EinglH-VO heilpädagogische und sonstige Maßnahmen, die dem körperlich oder geistig behinderten Kind den Schulbesuch ermöglichen oder erleichtern. Als sonstige Maßnahmen kommen beispielsweise ein Integrationshelfer, auch Schulbegleiter genannt, Hilfsmittel zur Teilnahme am Unterricht, wie z.B. ein Lesegerät oder auch besondere Fahrtkosten, weil das Kind beispielsweise nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule kommen kann, in Betracht. § 12 EinglH-VO definiert außerdem als Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung die Hilfe zum Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums, wenn nach den Fähigkeiten und den Leistungen des behinderten Menschen zu erwarten ist, dass er das Bildungsziel erreichen kann.⁵⁸ Leistungen der Eingliederungshilfe werden in Schulen nur für Assistenzdienste erbracht. Pädagogische Maßnahmen fallen in den Verantwortungsbereich der Schule.⁵⁹

⁵⁶ Vgl. Welti, Felix in: Lachwitz, Klaus u.a., 2010, § 4 Rn. 31.

⁵⁷ Vgl. Reinhard, Hans-Joachim in: Kruse, Jürgen u.a., 2012, § 53, Rn. 10.

⁵⁸ Vgl. Bieritz-Harder, Renate in: Münder, Johannes u.a., 2008, § 54 SGB XII Rn. 51, 54 sowie Reinhard, Hans-Joachim in: Dr. Kruse, Jürgen u.a., 2012, § 54, Rn. 8.

⁵⁹ Vgl. Boorberg Verlag Stuttgart, Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg, 1968, Loseblatt, Stand: 80. Lfg., 01.01.2014, § 54, Rn. 54.13/2.

An folgender Stelle ist auf die Problematik des soeben genannten Schulbegleiters einzugehen, da nicht immer eindeutig definiert werden kann, ob der Schul- oder der Sozialhilfeträger zuständig ist und die Kosten zu tragen hat.

Grundsätzlich ermöglicht der Schulbegleiter einem behinderten Kind den Besuch einer geeigneten Schule, sei es eine allgemeine Schule oder eine Sonderschule. Nachfolgend geht es jedoch nur um den Besuch einer allgemeinen Schule. Der Begriff Schulbegleiter ist nicht rechtlich definiert und auch die Aufgabenfelder der Schulbegleitung sind nicht detailliert festgelegt. Es muss immer der jeweilige Einzelfall betrachtet werden. Grundsätzlich wird zwischen pädagogischen Hilfen, die dem Kernbereich der Lehrer zugeordnet sind, und Assistenzdiensten, also begleitenden, den Unterricht sicherstellenden Hilfen, unterschieden. Das Sozialamt übernimmt im Rahmen der Eingliederungshilfe in der Regel die Kosten für diese Assistenzdienste. Die Kosten, die im Aufgabenbereich der Schulen und Lehrer anfallen, sind Hilfen, die den Kernbereich der pädagogischen Arbeit betreffen und daher Aufgabe der Schule. Sie werden vom Staatlichen Schulamt in Künzelsau durch Einsetzen von Sonderschullehrern sichergestellt.⁶⁰

„Von der Leistungspflicht des Sozialhilfeträgers können [aber] auch Maßnahmen umfasst sein, die zum Aufgabenbereich der Schulverwaltung gehören, wenn diese nicht ausschließlich dem Kernbereich der pädagogischen Arbeit unterfallen und von der Schule nicht erbracht werden.“⁶¹ Dieser Kernbereich der pädagogischen Arbeit ist jedoch kaum näher bestimmt und auch nicht von anderen Maßnahmen der Eingliederungshilfe abgegrenzt.⁶² Nach der Rechtsprechung ist lediglich bekannt, dass zum Kernbereich der Schule alle schulischen Maßnahmen gehören, die dazu dienen, die staatlichen Lehrziele zu erreichen. Das vorrangige Ziel dabei

⁶⁰ Vgl. Schulbegleiter zur Integration/Inklusion behinderter Schüler, KVJS, Stand 24.09.2012, Anlage 9 (zit.: KVJS, Schulbegleiter, 2012) sowie Orientierungshilfe des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis, Schulbegleitung, Stand November 2013, Anlage 10 (zit.: Main-Tauber-Kreis, Orientierungshilfe).

⁶¹ LSG Baden-Württemberg, 7. November 2012, AZ: L 7 SO 4186/12 ER-B, openjur.

⁶² Vgl. ebenda.

ist der unentgeltliche Unterricht, der die Kenntnisse vermittelt, die für einen erfolgreichen Abschluss notwendig sind.⁶³ Bei der Thematik des Schulbegleiters stellt sich das als schwierig heraus.

Der Schulbegleiter stellt die Teilnahme des behinderten Schülers am Unterricht sicher, ermöglicht die Kommunikation zwischen dem Schüler und dem Lehrer und fördert die soziale Teilhabe des Kindes in der Klasse. Beispiele für die Assistenzdienste eines Schulbegleiters wurden vom KVJS bereits zusammengestellt und sind u.a. Begleitung auf dem Schulweg, -haus, -gelände und im Klassenzimmer, Unterstützung während des Unterrichts, Hilfe bei lebenspraktischen Verrichtungen wie bei Toiletten-gängen, Hilfe beim Einnehmen von Mahlzeiten, Begleitung bei Schulfahrten u.v.m. Einige dieser Hilfen können durchaus auch pädagogischer Art sein, aber sie sind nicht dem Kernbereich der pädagogischen Arbeit der Schule, die den Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen hat, zuzuschreiben. Das Ziel der Schulbegleitung unter Berücksichtigung der Art und Schwere der Behinderung ist die Ermöglichung eines weitestgehend selbstständigen Schulbesuchs.⁶⁴

Nach einer Statistik des KVJS Baden-Württemberg hat sich die Zahl der Schulbegleitungen nach dem SGB XII zwischen den Jahren 2007 und 2012 mehr als verdoppelt. Die Durchschnittskosten für die Schulbegleitung eines Kindes liegen bei rund 710,00 € pro Monat. Momentan fallen die Zuständigkeit der Entscheidung über den Lernort und die Finanzierungsverantwortung auseinander. Der KVJS sieht es als äußerst notwendig an, dass die Hilfen aus einer Hand gegeben werden. Die Verantwortung in fachlicher und in finanzieller Hinsicht soll in der Zukunft von einem Träger kommen. Diese könne nach Meinung des KVJS auch ohne Rückgriffe auf die nachrangigen Sozial- und Jugendhilfesysteme im Landes-schulrecht geregelt werden.⁶⁵ Doch das sei momentan noch dahin gestellt.

⁶³ Vgl. BSG, 15. November 2012, AZ: B 8 SO 10/11 R, de jure.

⁶⁴ Vgl. KVJS, Schulbegleiter, 2012, Anlage 9 sowie Main-Tauber-Kreis, Orientierungshilfe, Anlage 10.

⁶⁵ Vgl. KVJS PowerPoint-Präsentation, Inklusion in Schulen und Kindergärten – Aktuelles, Tagung in Gültstein, 04.12.2013, Anlage 11.

3.3 Spezielle rechtliche Grundlagen des Main-Tauber-Kreises⁶⁶

Der Kreistag des Main-Tauber-Kreises hat am 17.04.2013 zum Thema „Inklusion – Weitergabe der Sachkostenbeiträge“ einen Beschluss gefasst. Es wird darin vorrangig auf die sich in Trägerschaft des Main-Tauber-Kreises befindende „Schule im Taubertal“, eine Schule für Geistigbehinderte, und damit in erster Linie auf geistig behinderte Kinder eingegangen.⁶⁷

Zunächst werden allgemeine Sachverhalte erläutert. Den Eltern eines geistig behinderten Kindes steht ein qualifiziertes Wahlrecht bei der Entscheidung zu, ob das Kind eine Regel- oder eine Sonderschule besuchen soll. In einer Bildungswegekonferenz wird mit dem Staatlichen Schulamt und allen weiteren beteiligten Stellen, wie der Schule und eventuell dem Sozialamt, eine Entscheidung getroffen. Für Gemeinschaftsschulen ist die inklusive Beschulung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gegensatz zu allen anderen Schulen bereits durch § 8 a SchulG verpflichtend. Kinder, die an einer allgemeinen Schule im Main-Tauber-Kreis inklusiv beschult werden, bleiben Schüler der Sonderschule. Die inklusiv beschulten Kinder erhalten von der Sonderschule eine sonderpädagogische Kraft mit einem bestimmten Stundensatz.

Der Kreistag hat beschlossen, dass für einen geistig behinderten Schüler der „Schule im Taubertal“ bei einer inklusiven Beschulung dem Schulträger der aufnehmenden Schule ein Teil des Sachkostenbeitrages⁶⁸, den die Sonderschule für diesen Schüler pro Haushaltsjahr erhält, weitergegeben wird. Die aufnehmende Schule erhält davon einen festen Betrag für die Personalkosten der nichtpädagogischen Betreuung, sofern eine erforderliche Betreuungskraft vom Schulträger der aufnehmenden Schule zur Ver-

⁶⁶ Vgl. Kreistagsdrucksache Nr. 305/2013, Inklusion – Weitergabe der Sachkostenbeiträge, Anlage 6.

⁶⁷ Näheres zu den Schulen im Main-Tauber-Kreis siehe Kapitel 4.1.

⁶⁸ Gemäß § 17 FAG für Baden-Württemberg erhalten Schulträger der in § 4 Abs. 1 SchulG genannten Schulen, also auch die Sonderschulen, einen Beitrag zu den laufenden Kosten, den sogenannten Sachkostenbeitrag. Für Schüler, die die Grundschule oder die Klassenstufe eins bis vier einer Gemeinschaftsschule besuchen, erhalten die Schulträger diesen Sachkostenbeitrag nicht. Je nach Schulart kann der Betrag variieren.

fügung gestellt wird sowie einen Zuschuss für sonstige Schulträgeraufgaben pro Schüler. Der Rest des Sachkostenbeitrages bleibt für die Sonderschule erhalten, da sich dort die Sonderpädagogen und das sonderpädagogische Beratungszentrum befinden.

Es wird oft vom sogenannten „Rucksackmodell“ gesprochen. Das bedeutet, dass die erforderliche sonderpädagogische Förderung und die zusätzliche Betreuung in Form von Lehrerstunden und finanziellen Mitteln dem Kind folgen. Wenn der weitergegebene Teil des Sachkostenbeitrags der aufnehmenden Schule für die nichtpädagogische Betreuung nicht ausreicht, können zusätzliche Assistenzleistungen über die Eingliederungshilfe abgedeckt bzw. finanziert werden.

Aufgrund der wesentlich niedrigeren Sachkostenbeiträge für Schüler der Sprachheilschule in Unterschüpf hat der Kreistag hingegen entschieden, auf eine Weitergabe der Sachkostenbeiträge bei einer inklusiven Beschulung eines sprachbehinderten Kindes zu verzichten.

Ansonsten gibt es hinsichtlich der schulischen Inklusion im Main-Tauber-Kreis keine weiteren Richtlinien.

4 Inklusion in der Praxis

Beispielhaft besonders für eine ländlich geprägte Region soll nun der Landkreis Main-Tauber-Kreis hinsichtlich der schulischen Inklusion betrachtet werden, vom dem zuvor nun schon einige Male die Rede war. Es wird in diesem Kapitel zunächst die Schullandschaft vorgestellt und anschließend die praktische Arbeit im Zusammenhang mit dieser Bachelorarbeit vorgestellt und erläutert.

4.1 Schullandschaft im Main-Tauber-Kreis

Der Main-Tauber-Kreis ist Schulträger von Beruflichen Schulen, Fachschulen und Sonderschulen. In dieser Bachelorarbeit geht es jedoch ledig-

lich um die allgemeinbildenden Schulen und die Sonderschulen. Träger der allgemeinbildenden Schulen sind die Städte und Gemeinden.

Im Main-Tauber-Kreis gibt es 26 Grundschulen, zehn Grund-/ Haupt- und Werkrealschulen, ein Bildungszentrum mit Grund-/ Haupt- und Realschule, eine reine Hauptschule, fünf Realschulen, drei Werkrealschulen, fünf Gymnasien und drei Gemeinschaftsschulen. Das sind insgesamt 54 allgemeinbildende Schulen. Im Bereich der Sonderschulen gibt es eine Schule für Geistigbehinderte und eine Schule für Sprachbehinderte sowie fünf Förderschulen und eine Außenstelle einer Schule für Erziehungshilfe.⁶⁹

Wie bereits in Kapitel 2.3 erläutert, werden im Main-Tauber-Kreis bereits verschiedene Möglichkeiten der schulischen Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern ausgeübt. Neben den Einzel- oder Gruppenlösungen wurden auch einige Außenklassen von Förderschulen gebildet. An einer Grund- und Werkrealschule ist eine Außenklasse einer Förderschule gebildet worden und an einer weiteren Grund- und Werkrealschule im Main-Tauber-Kreis gibt es eine Außenklasse einer Schule für Körperbehinderte aus einem Nachbarlandkreis. Eine Außenklasse der Schule für Geistigbehinderte war bis vor kurzem am bereits erwähnten Bildungszentrum im Landkreis angesiedelt. Ab dem kommenden Schuljahr wird es eine inklusive Klasse mit geistig behinderten Kindern an einer neu eingerichteten Gemeinschaftsschule im Landkreis geben.

Da der Main-Tauber-Kreis ein flächenmäßig großer Landkreis mit verhältnismäßig wenigen Einwohnern ist, sind gruppenbezogene Lösungen sehr schwierig zu realisieren. Den behinderten Kindern soll möglichst wohnortnah eine inklusive Beschulung angeboten werden. Das ist jedoch äußerst schwierig, da im Gegensatz zu Ballungsräumen im Main-Tauber-Kreis nicht mehrere Kinder einer Altersklasse mit ähnlichem Förderbedarf wohnortnah zusammengefasst und inklusiv beschult werden können. Es

⁶⁹ Vgl. Schulwegweiser Main-Tauber-Kreis, Ausgabe 2014/2015, S. 35-38, Anlage 12.

gibt darum derzeit noch vermehrt Einzellösungen, die jedoch in den kommenden Jahren verringert werden sollen.⁷⁰

Generell ist zu beachten, dass beispielsweise ein Kind mit einer Körperbehinderung technische Hilfen oder bauliche Anpassungen in der Schule benötigt, um uneingeschränkt mit allen anderen Kindern die Schule besuchen zu können. Hingegen ist es oftmals schwieriger, ein geistig behindertes Kind an einer allgemeinen Schule aufzunehmen und für dieses den Unterricht und die Änderungen, die durch seine Teilnahme bestehen, zu organisieren. Es ist dabei meistens ein erhöhter professioneller Aufwand notwendig. Gemeinschaftsschulen und Grundschulen haben im Gegensatz zu den anderen allgemeinbildenden Schulen bereits mehr Erfahrung mit dem Unterrichten von vielen unterschiedlichen Kindern und deshalb sicher Vorteile bei inklusiven Beschulungen.⁷¹ Gymnasien, Haupt- und Realschulen fällt es hingegen bislang noch schwerer, die inklusive Beschulung anzubieten, was sich auch später bei der Auswertung der Befragung zeigt. In Grundschulen ist der Lernstoff noch nicht so schwierig und in Gemeinschaftsschulen werden ohnehin Schüler auf verschiedenen Lernniveaus unterrichtet. Daher ist es für diese beiden Schularten leichter, ein behindertes Kind aufzunehmen.

Diese Tatsache trifft auch auf den Main-Tauber-Kreis zu. In den Gemeinschaftsschulen werden mehr behinderte Kinder unterrichtet als in den anderen allgemeinbildenden Schulen. Im Landkreis wollen nun außer den drei bisherigen auch einige andere allgemeinbildende Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden. Nicht alle Anträge werden jedoch bewilligt. Dennoch haben nun zwei weitere Schulen die Zusage erhalten, sodass es ab dem Schuljahr 2014/2015 nunmehr fünf Gemeinschaftsschulen gibt.⁷²

⁷⁰ Vgl. Interview, Frage 11, Anlage 8.

⁷¹ Vgl. Blum, Volker u.a., 2014, S. 7.

⁷² Vgl. Interview, Frage 11, Anlage 8.

4.2 Umfrage zur Inklusion an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit wurde eine wissenschaftliche Befragung anhand zweier Fragebögen durchgeführt, um an Meinungen und Erkenntnisse von Eltern zu gelangen, deren Kinder in einer Klasse an einer Schule im Main-Tauber-Kreis unterrichtet werden, in der bereits inklusive Beschulung stattfindet.

Das Zusammenspiel aus Frage und Antwort ist etwas ganz Alltägliches. Eine Befragung ist nichts weiter als Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Personen. Darum ist Fragen das wohl einfachste Mittel, um an notwendige Informationen zu gelangen und wird deshalb gerne als Methode der Datenerhebung verwendet. Jedoch müssen wissenschaftliche Fragen im Gegensatz zu alltäglichen Fragen zunächst in eine standardisierte Form gebracht werden. Ein Fragebogen ist daher erstens systematisch gestaltet und zweitens auf ein Ziel ausgerichtet. Jedoch benötigt es für die Charakterisierung als wissenschaftliche Befragung erst noch einen dritten Aspekt, nämlich die theoriegeleitete Kontrolle. Damit kontrolliert der Ersteller des Fragebogens, dass die Befragung den Anspruch einer wissenschaftlichen Vorgehensweise erfüllt und inwiefern die erhobenen Daten von gegebenen Bedingungen eventuell manipuliert worden sind.⁷³

4.2.1 Vorgehensweise

Das Ziel der schriftlichen Befragung im Zusammenhang mit dieser Bachelorarbeit war die Bewertung der derzeitigen schulischen Inklusion in allgemeinen Schulen im Main-Tauber-Kreis. Um an diese Erkenntnisse zu gelangen, setzte sich die gewählte Zielgruppe aus Eltern, die inklusiv beschulte Kinder haben und Eltern, deren Kinder in einer Klasse mit einem behinderten Kind gemeinsam unterrichtet werden, zusammen. Diese können am besten die Erfahrungen ihrer Kinder und die Probleme, aber auch

⁷³ Vgl. Konrad, Klaus, Mündliche und schriftliche Befragung - Ein Lehrbuch, 2011, Kapitel 1.

Vorteile der inklusiven Beschulung behinderter Kinder in Regelschulen darlegen.

Auf Basis der Karte „Inklusive Beschulungen im Main-Tauber-Kreis“⁷⁴, den Informationen aus dem Sozialamt sowie weiterer Recherchen wurde bereits Anfang März 2014 telefonisch mit den jeweiligen Schulleitungen der Regelschulen, in denen vermutlich ein Kind inklusiv beschult wird, Kontakt aufgenommen. Auch stichprobenartig wurde bei vielen weiteren allgemeinen Schulen im Main-Tauber-Kreis erfragt, ob sie ein Kind inklusiv beschulen. Die Schulleitungen aller befragten Schulen haben dann entweder bestätigt, dass an ihrer Regelschule eine inklusive Beschulung stattfindet oder dies verneint. Es wurde deutlich darauf hingewiesen, dass es lediglich um die inklusive Beschulung körperlich oder geistig behinderter Kinder geht, jedoch nicht um die Inklusion seelisch behinderter Kinder. Es wurden nur allgemeine Schulen und genauer nur die Klassen, in denen ein körperlich oder geistig behindertes Kind inklusiv beschult wird, bei der Befragung berücksichtigt. Anschließend gaben die Direktoren dieser berücksichtigten allgemeinen Schulen entweder direkt ihr Einverständnis zu der Befragung oder wollten zunächst mit den zuständigen Klassenlehrern oder mit den Eltern des körperlich oder geistig behinderten Kindes Kontakt aufnehmen und im Vorhinein um Erlaubnis fragen. Leider lehnten einige Direktoren aber auch aus verschiedenen Gründen direkt ab.⁷⁵

Die Schulen, die einer Befragung positiv gegenüberstanden, teilten anschließend mit, in wie vielen Klassen ein Kind inklusiv beschult wird und wie viele Schüler in dieser Klasse sind. Die benötigte Anzahl an Fragebögen, sortiert nach dem Fragebogen für die Eltern des oder der behinderten Kinder und dem für die Eltern der Mitschüler, wurde an die jeweilige Schule gesendet und vom Klassenlehrer an die Schüler mit der Bitte, diesen von den Eltern ausfüllen zu lassen und innerhalb einer Woche an den Klassenlehrer zurückzugeben, verteilt.

⁷⁴ Vgl. Anlage 6.

⁷⁵ Näheres zu den Gründen wird in Kapitel 4.2.3 erläutert.

4.2.2 Aufbau der Fragebögen⁷⁶

Die Fragebögen bestehen aus vier Seiten. Jeweils auf der ersten Seite sind Informationen über die Bachelorarbeit, für die die Fragebögen benötigt werden, sowie allgemeine Informationen über den Ablauf der Befragung, die vertrauliche Behandlung und den Grund der Befragung enthalten.

Beide Fragebögen beginnen mit der ersten Rubrik „Im schulischen Bereich“, die für die Eltern als Einstieg in das Thema dient. Die Antwortmöglichkeiten zu den aufgestellten Hypothesen bzw. Aussagen sind als Intervallskala mit vier verschiedenen Möglichkeiten zum Ankreuzen zwischen „trifft nicht zu“ bis zu „trifft völlig zu“ aufgestellt. Die beiden Möglichkeiten dazwischen bedeuten „trifft wenig zu“ und „trifft ziemlich zu“. Außer der ersten Frage an die Eltern, wie die Inklusion ihrer Meinung nach an der Schule umgesetzt wird, sind die Fragen der zwei Fragebögen in dieser Rubrik unterschiedlich.

Die Eltern des behinderten Kindes wurden gefragt, ob sie eher Vor- oder Nachteile darin sehen, dass ihr Kind mit Kindern ohne Behinderung in einer Klasse unterrichtet wird und anschließend, ob es ihrem Kind an der Regelschule besser geht als an einer Sonder- oder Förderschule. Es folgten die Fragen, ob das behinderte Kind von seinen Mitschülern viel lernen und abschauen kann, ob es sich an der Regelschule dazugehörig fühlt und ob es mit Freude zur Schule geht. Der erste Fragenblock schließt mit der Frage, ob das Kind mit den ihm gestellten Aufgaben in der Schule zurechtkommt. In dieser ersten Rubrik geht es um die Situation des behinderten Kindes an der Regelschule, an der es inklusiv beschult wird, ob es dort gut zurechtkommt und wie sich der Kontakt zu den nicht behinderten Mitschülern gestaltet. Die Eltern können aller Voraussicht nach am besten beurteilen, wie sich ihr Kind in der Schule fühlt und ob es ihm aufgrund seiner Behinderung dort gut oder schlecht geht. Es wurde zuvor angenommen, dass die Eltern eines Kindes mit Behinderung für ihr Kind eher

⁷⁶ Vgl. Fragebogen Nr. 1, Zielperson: Eltern eines Kindes mit Behinderung, Anlage 13 und Fragebogen Nr. 2, Zielperson: Eltern eines Kindes ohne Behinderung, Anlage 14.

Vorteile in der inklusiven Beschulung sehen und sich das Kind nach Meinung der Eltern auch an den Mitschülern orientieren kann, da sich die Eltern ansonsten bei der Wahl der Schule sicherlich für eine Sonderschule entschieden hätten.

Die Eltern der Schüler ohne Behinderung sollten in dieser ersten Rubrik dazu Stellung nehmen, ob ihr Kind von den behinderten Mitschülern auch in gewisser Weise profitieren kann, nicht in der Hinsicht, dass beispielsweise ein geistig behindertes Kind ihm etwas erklärt, aber dass es durch die Teilnahme eines behinderten Kindes am Klassengeschehen in seiner sozialen Kompetenz gestärkt wird. Interessant ist die Einschätzung der Eltern, ob ihr Kind den gleichen Lernstandard erreichen kann, wie in einer Schule, in der kein Kind inklusiv beschult wird. Die Eltern wurden gefragt, ob ihr Kind durch die Teilnahme eines behinderten Kindes am Unterricht trotzdem noch genug gefördert wird und anschließend ob es sich manchmal unterfordert fühlt. Dann folgte die genau umgekehrte Frage, die auch den Eltern eines behinderten Kindes gestellt wurde, nämlich ob sie eher Vor- oder Nachteile in der gemeinsamen Beschulung ihres Kindes mit einem behinderten Kind sehen. Abschließend sollten die Eltern beantworten, ob sich ihr Kind durch die Kinder mit Behinderung gefördert oder gestört fühlt. Auch hier wurde angenommen, dass die Eltern nicht finden, ihr Kind werde durch die Teilnahme behinderter Kinder am Unterricht gestört, da sie sonst ihr eigenes Kind wahrscheinlich nicht in einer Klasse unterrichten lassen würden, in der ein Kind inklusiv beschult wird.

Der zweite Block der Befragung, der allerdings nur im Fragebogen an die Eltern eines behinderten Kindes enthalten ist, geht um die Kooperation mit den Behörden, die zwangsläufig bei einer inklusiven Beschulung stattfindet. Ziel dieses Themenbereiches ist es, von den Eltern zu erfahren, wie gut sie über ihre Möglichkeiten informiert sind und auch von Seiten der Schule informiert werden und wie eng der Kontakt mit den Behörden ist. So lauten die ersten beiden Statements „Die Schulleitung hat uns darüber

informiert, dass wir einen Antrag auf inklusive Beschulung stellen können“ und „Die Schulleitung hat uns bei der Antragstellung unterstützt“. Diese sowie die zwei darauffolgenden Fragen sollen erneut mit den vier Antwortmöglichkeiten einer Intervallskala von „trifft nicht zu“ bis hin zu „trifft völlig zu“ beantwortet werden. Die nächste Aussage zielt darauf ab, zu erfahren, wie zufrieden die Eltern mit der Antragstellung sind. Anschließend sollen die Eltern beurteilen, ob der Antrag auf einen Schulbegleiter bzw. eine Assistenzkraft für begleitende Aufgaben, den sie beim Sozialamt stellen können, abgesondert werden soll. Hierzu wird zunächst in Schriftart „fett“ erklärt, dass ein Schulbegleiter momentan mit Hilfe des gängigen Sozialhilfeantrags, der auch für die Beantragung von z.B. Grundsicherung oder Hilfe zum Lebensunterhalt verwendet wird, beantragt wird. Dieser Punkt soll bereits auf Kapitel 4.3 hindeuten, da eine weitere praktische Arbeit im Zusammenhang mit der Bachelorarbeit die Erarbeitung eines neuen Antrags auf eine Schulbegleitung war. So sollte bereits bei den Eltern vorgefühlt werden, ob sie es als notwendig erachten, einen separaten Antrag für die Schulbegleitung zu erarbeiten. Es folgt eine Entscheidungsfrage über die Teilnahme am sogenannten „Runden Tisch“. Hierbei handelt es sich um die Bildungswegekonferenz, die jedoch bei den Eltern eher unter dem Begriff „Runder Tisch“ bekannt ist und deshalb auf die Nennung des Fachworts verzichtet wurde. Lediglich bei positiver Antwort kann die nächste Frage beantwortet werden. Die betroffenen Eltern sollen anhand der üblichen Antwortmöglichkeiten entscheiden, ob sie die Gespräche beim „Runden Tisch“ hilfreich fanden. Die Rubrik schließt mit der Entscheidungsfrage, ob die Eltern die Beratungsmöglichkeiten des Staatlichen Schulamts kennen.

Der dritte Block des Fragebogens an die Eltern behinderter Kinder bzw. der zweite Block desjenigen an die anderen Eltern sind bis auf eine Frage identisch. Es geht nun um die Meinungen der Eltern, welche Schulart für ein behindertes Kind die beste ist. Auch hier werden wieder die vier Antwortmöglichkeiten wie bereits in den vorherigen Rubriken zur Verfügung

gestellt. Zuerst soll beurteilt werden, ob generell die Teilnahme an einer Sonder- oder Förderschule für ein körperlich oder geistig behindertes Kind besser wäre als an einer Regelschule und anschließend, ob die Eltern der Meinung sind, dass sich die Pädagogen an den Sonderschulen aufgrund ihrer Ausbildung am besten mit dem Umgang mit behinderten Kindern auskennen. Als Gegenfrage wird anschließend beurteilt, ob die Lehrer an den Regelschulen genügend für den Umgang mit körperlich oder geistig behinderten Kindern ausgebildet sind. Die beiden Fragen deuten auf die derzeit weit verbreitete Ansicht im Hinblick auf die Inklusionsdebatte hin, dass das Lehramtsstudium nicht genügend sonderpädagogische Kompetenzen vermittelt und dies jedoch von vielen Seiten gewünscht und verlangt wird. Nun folgt eine Frage, die nur im Fragebogen an die Eltern der nicht behinderten Kinder enthalten ist. Diese lautet: „Die Lehrer haben trotz der Teilnahme von körperlich oder geistig behinderten Kindern am Unterricht immer noch genügend Zeit für alle anderen Schüler.“ An dieser sowie an der nächsten Frage in beiden Fragebögen, ob an der Schule ihres Kindes ausreichend Personal zur Verfügung steht, soll festgestellt werden, wie zufrieden die Eltern damit sind, wie sich die Lehrkräfte mit der Inklusion behinderter Schüler an der Schule des Kindes arrangieren und ob es mit der Zahl und der Kompetenz der Lehrkräfte überhaupt machbar ist. Vielleicht stellt sich anhand der Beurteilung dieser Fragen durch die Eltern heraus, dass sicherlich, wie angenommen, auch auf der Seite der Lehrer und vor allem aufgrund des mangelnden Personals einige Probleme und manchmal auch das Scheitern einer inklusiven Beschulung eines Kindes zustande kommen.

Zur Abrundung der Befragung sind als dritte bzw. vierte Rubrik der Fragebögen offene Fragen über die Vor- und Nachteile der schulischen Inklusion eingebaut. Das gibt den Eltern die Möglichkeit, ihre Meinungen, Kommentare und Anliegen niederzuschreiben und auch auf Punkte einzugehen, die der Fragebogen zuvor nicht abgedeckt hat. Zunächst werden die Eltern gebeten, Vorteile und anschließend Nachteile der Inklusion von

körperlich oder geistig behinderten Kindern an Regelschulen zu nennen. Zu guter Letzt können sie Verbesserungsvorschläge jeglicher Art anbringen.

Zusammenfassend wurde allgemein hypothetisch angenommen, dass wohl überwiegend positive Meinungen über die schulische Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern konstatiert werden, da die Umfrage ausschließlich in betroffenen Klassen durchgeführt wurde und womöglich die Eltern schon einen Schulwechsel ihres Kindes, egal ob es behindert ist oder nicht, veranlasst hätten, wenn sie der schulischen Inklusion negativ gegenüberstehen würden.

Es wurde die Zusammenhangshypothese aufgestellt, dass zwischen dem Besuch einer Gemeinschaftsschule und der Befürwortung der schulischen Inklusion von körperlich und geistig behinderten Kindern ein substantieller Zusammenhang besteht. Das Leitbild einer Gemeinschaftsschule ist stark von der Inklusion geprägt und auch das Schulgesetz für Baden-Württemberg sagt explizit, dass Gemeinschaftsschulen auch Kindern mit Behinderung offen stehen. Deshalb entscheiden sich Eltern bereits bei der Einschulung ihres Kindes in eine Gemeinschaftsschule ganz bewusst dafür, dass ihr Kind in einer Klasse unterrichtet wird, in der jedes Kind anders ist und alle Kinder trotz der unterschiedlichen Lernstandards in die Gemeinschaftsschule aufgenommen werden.

Ebenfalls wurden zuvor zwei Unterschiedshypothesen aufgestellt. Es wurde erstens angenommen, dass es keinen Unterschied zwischen den Meinungen der Eltern von Kindern unterschiedlicher Altersklassen gibt. Man könnte zunächst denken, dass Eltern, deren Kinder bereits in höheren Klassen sind, aufgrund der höheren Schwierigkeit des Unterrichts der Inklusion eines behinderten Schülers negativer gegenüberstehen als in den Grundschulklassen. Es soll aber mit der Auswertung der Befragung bewiesen werden, dass das Alter des Kindes nicht die Meinungen der Eltern zur Inklusion beeinflusst.

Zweitens wurde angenommen, dass es aber sehr wohl bei gleichen Fragen einen Unterschied zwischen der Meinung der Eltern eines behinderten und der Meinung der Eltern eines nicht behinderten Kindes gibt. Wahrscheinlich sehen Eltern von behinderten Kindern, die dieses auch inklusiv beschulen lassen, mehr Vor- als Nachteile und werden die Fragen, die in beiden Fragebögen enthalten sind, allgemein positiver beantworten. Die Eltern werden womöglich sehr froh sein, dass ihr behindertes Kind an einer allgemeinen Schule gemeinsam mit Kindern, die keine Behinderung haben, unterrichtet werden kann und es so die Möglichkeit des Kontakts mit vielen gleichaltrigen Kindern und ein Stück Normalität erhalten kann.

4.2.3 Vorstellung der Ergebnisse

Es wurde zunächst mit Schulleitungen von 21 Regelschulen im Main-Tauber-Kreis, darunter Gemeinschaftsschulen, ein Bildungszentrum, Gymnasien, Grund-, Haupt- und Realschulen, telefonisch Kontakt aufgenommen. Lediglich zwei Gemeinschaftsschulen, ein Gymnasium und ein Bildungszentrum, also insgesamt vier Schulen, waren dazu bereit, sich an der Umfrage zu beteiligen. Erfreulicherweise konnte die Umfrage in einer Gemeinschaftsschule in drei Klassen, in einer 1., einer 6. und einer 9. Klasse, und in der anderen Gemeinschaftsschule in zwei Klassen, nämlich in einer 6. und in einer 8. Klasse durchgeführt werden. Das teilnehmende Gymnasium beschult in einer 6. Klasse ein behindertes Kind inklusiv und bei der Klasse des Bildungszentrums handelt es sich um eine 3. Klasse der Grundschule. Somit wurden insgesamt sieben Klassen befragt.

Es stellt sich nun die Frage, aus welchen Gründen überhaupt so wenig Schulen bereit waren, an einer Umfrage zu einem solch aktuellen Thema teilzunehmen. Ein Grund für die Nichtteilnahme war die Aussage der Schulleitung, dass in der Schule kein Kind inklusiv beschult wird oder auch dass lediglich ein seelisch behindertes Kind, das z.B. an ADHS leidet, Schüler der Schule ist. Die Voraussetzungen der Teilnahme an der Um-

frage waren die inklusive Beschulung eines körperlich oder geistig behinderten Kindes und somit war es selbstverständlich, dass diese Schulen aus dem Raster fallen und nicht teilnehmen können. Jedoch wurden auch viele andere Gründe genannt. Es wurde damit argumentiert, dass es in der Vergangenheit bereits häufiger Probleme aufgrund der inklusiven Beschulung gegeben hat und die Schulleitungen bei den Eltern nicht noch mehr „Unruhe stiften“ und erneute Diskussionen auslösen wollen. Ein Schulleiter war der Meinung, dass die Eltern durch den Fragebogen Probleme sehen sollten, wo keine sind; ein anderer bezeichnete den Fragebogen als diskriminierend. In einer anderen Schule sollte von der Befragung abgesehen werden, da dort ein sehr problematischer Fall eines behinderten Kindes sei, bei dem die Eltern sich leider für nichts interessieren und den Fragebogen nicht beantworten würden. Auch an einem Gymnasium war die Umfrage nicht möglich, da die Eltern der behinderten Kinder dieser nicht zugestimmt haben, obwohl der Schulleiter gerne weitergeholfen und die Fragebögen verteilt hätte. Ähnlich war es der Fall an einer Schule, bei der der Klassenlehrer die Befragung sogar verteilte, leider jedoch kein einziger Fragebogen von den Eltern abgegeben wurde.

Des Öfteren haben Schulleiter darauf hingewiesen, dass im Fragebogen nicht von Behinderung gesprochen werden soll, sondern eher von Beeinträchtigung. Das war auch der Grund, warum diese den Fragebogen nicht an die Eltern verteilen wollten. In diesem Zusammenhang war die Antwort oftmals, dass an der Schule nur verhaltensauffällige oder lernschwache Schüler unterrichtet werden, diese jedoch nach Meinung der Rektoren keine körperliche oder geistige Behinderung haben und deshalb die Art von Behinderung, von der im Fragebogen die Rede ist, nicht auf die Schüler dieser Schule zutrifft.

Es zeigt sich, dass die Teilnahme an der Befragung nicht immer an einer bestimmten Person gescheitert ist, sondern teilweise an den Eltern allgemein, aber auch an den Schulleitungen selbst.

Bei den Gesprächen mit den Rektoren wurden die unterschiedlichen Auffassungen vom Begriff der Inklusion und auch von Behinderung deutlich. Von Rektoren wurde teilweise erklärt, es gäbe an deren Schule kein behindertes Kind, obwohl einige Schüler aufgrund ihrer körperlichen oder geistigen Behinderung Leistungen vom Sozialamt erhalten. Diese wurden dann lediglich als lernschwach oder verhaltensauffällig beschrieben. Ganz klar ist Behinderung ein heikles Thema und vor allem in einem ländlichen Raum wie dem Main-Tauber-Kreis sind die Menschen im Gegensatz zu den Menschen in städtischen Regionen diesem Thema gegenüber oftmals noch nicht in dem Maße aufgeschlossen. Ob der Weg, die Behinderung des Kindes nicht anzuerkennen, sondern lediglich von einer Beeinträchtigung oder einer Verhaltensauffälligkeit zu sprechen, nur dass es vielleicht keine Probleme mit den anderen Eltern gibt, eine gute Lösung für das Kind ist, ist fraglich.

Auch hatten einige Schulleitungen eine andere Vorstellung von Inklusion und behaupteten beispielsweise, dass eine Außenklasse einer Sonderschule an einer Regelschule für sie keine Form der schulischen Inklusion ist.

Letztendlich haben vier allgemeinbildende Schulen mit insgesamt sieben Klassen unterschiedlicher Altersstufen teilgenommen. Es wurden 147 Fragebögen an Eltern von Kindern ohne Behinderung und 14 Fragebögen an Eltern von Kindern mit Behinderung ausgegeben.⁷⁷

Die Rücklaufquote der Fragebögen an Eltern von Kindern ohne Behinderung lag mit 76 beantworteten Fragebögen bei 51,7 Prozent. Hingegen lag die Quote der abgegebenen Fragebögen, nämlich sechs Stück, der Eltern von behinderten Kindern lediglich bei 42,9 Prozent.

Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl der Schulen allgemein sowie auch der geringen Rücklaufquote der Fragebögen an die Eltern können die Ergebnisse nicht als repräsentativ für den gesamten Main-Tauber-Kreis ge-

⁷⁷ Die nachfolgenden Ausführungen ergeben sich aus den Tabellen „Auswertung Nr. 1, Fragebögen an Eltern von Kindern mit Behinderung“, Anlage 15 sowie „Auswertung Nr. 2, Fragebögen an Eltern von Kindern ohne Behinderung“, Anlage 16.

sehen werden und bilden lediglich die Meinungen einer kleinen Gruppe ab.

Die erste Aussage des Fragebogens, dass die Inklusion an der jeweiligen Schule gut umgesetzt wird, haben die Eltern der Kinder mit einer Behinderung zu jeweils 50 Prozent als ziemlich und als völlig zutreffend gekennzeichnet und auch alle anderen Eltern haben die Aussage mit knapp 90 Prozent im positiven Bereich bewertet. Das zeigt eindeutig, dass die Eltern sehr zufrieden damit sind, wie die jeweilige Schule die Inklusion angeht und realisiert. Verwunderlich ist, dass drei der sechs befragten Eltern eines behinderten Kindes eher Nachteile darin sehen, dass ihr Kind gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung unterrichtet wird. Dahingegen gaben die Eltern der Mitschüler zu 86,5 Prozent an, dass sie durch die inklusive Beschulung eines behinderten Kindes in der Klasse keine Nachteile für ihr Kind erkennen können. Lediglich ein Elternpaar bewertete die Aussage, ob sie Nachteile für ihr Kind sehen, mit völlig zutreffend.

83,3 Prozent der Eltern eines behinderten Kindes sehen die Aussagen, dass es ihrem Kind an der Regelschule besser geht als an einer Sonderschule, dass sich ihr Kind dort dazugehörig fühlt sowie dass es mit Freude zur Schule geht, als völlig zutreffend an. Es ist äußerst wichtig, dass der Großteil der Eltern diese drei Fragen bejahen kann, da die Kinder an der Regelschule von allen so angenommen werden sollen, wie sie sind und sich nicht ausgegrenzt fühlen sollen. Ansonsten kann nicht von einer gelungenen Inklusion gesprochen werden.

Ungefähr die Hälfte der befragten Eltern eines Kindes ohne Behinderung findet es ziemlich zutreffend und zusätzlich 41 Prozent völlig zutreffend, dass ihr Kind auch von den körperlich oder geistig behinderten Kindern in der Klasse profitiert. Auch bejahen diese mit erfreulichen knapp 90 Prozent, dass ihr Kind nach ihrer Meinung den gleichen Lernstandard erreicht, den es auch an einer Schule ohne Inklusion erreichen würde sowie

dass ihr Kind trotzdem genügend gefördert wird. Die Eltern verneinen größtenteils, dass sich ihr Kind durch das behinderte Kind in der Klasse gestört fühlt.

Nun werden die Ergebnisse der Meinungen der Eltern eines behinderten Kindes über die Kooperation mit den beteiligten Behörden bei einer schulischen Inklusion vorgestellt. Zumeist hat die Schulleitung die Eltern über den Antrag auf inklusive Beschulung informiert und in 80 Prozent der Fälle auch dabei unterstützt. Die Meinungen über die Zufriedenheit mit der Antragstellung auf inklusive Beschulung verteilen sich gleichmäßig auf „trifft nicht zu“, „trifft wenig zu“, und „trifft ziemlich zu“. Völlig zufrieden damit ist jedoch kein einzelnes Elternteil. Von großer Bedeutung für die Bachelorarbeit ist das Ergebnis, dass 83,3 Prozent der Eltern es gut finden würden, wenn der Antrag auf Gewährung eines Schulbegleiters, der beim Sozialamt gestellt werden kann, abgesondert und ein eigenständiger Antrag entwickelt wird.⁷⁸ Es ist sehr erschreckend und verwunderlich, dass lediglich ein Elternpaar bzw. -teil bejaht hat, schon einmal an einer Bildungswegekonferenz, im Fragebogen als „Runder Tisch“ bezeichnet, teilgenommen zu haben. Normalerweise wird eine solche bei nahezu jeder inklusiven Beschulung vom Staatlichen Schulamt angesetzt und gemeinsam mit den Eltern sowie weiteren beteiligten Behörden durchgeführt. Es ist jedoch möglich, dass den Eltern der Begriff „Runder Tisch“ nicht bekannt ist und sie aufgrund dessen nicht wussten, dass es sich um die Bildungswegekonferenz handelt, die vermutlich auch in einigen anderen Fällen stattgefunden hat. Auf die Nennung dieses Begriffs wurde aus Vereinfachungsgründen und um die Eltern nicht mit zu vielen Begriffen zu irritieren, absichtlich verzichtet, jedoch hätte er eventuell doch genannt werden sollen. Somit wurde auch die nächste Frage, ob diese Gespräche am „Runden Tisch“ hilfreich waren, nur einmal beantwortet und als ziemlich zutreffend bewertet.

⁷⁸ Siehe Kapitel 4.3.

In der Rubrik „Sonder-/ Förderschulen, Regelschulen“ sind die beiden Fragebögen an die Eltern bis auf eine Frage identisch. Es ist zu erkennen, dass sowohl die Eltern eines behinderten Kindes als auch die Eltern der anderen Kinder die erste Aussage, ob die Teilnahme an einer Sonderschule für ein behindertes Kind besser wäre als eine Regelschule, ziemlich gleich bewertet haben. Kaum jemand findet es gut, hier pauschal zu urteilen, dass die Teilnahme an einer Sonderschule generell besser wäre. Jeweils die meisten Eltern haben die Antwortmöglichkeit „trifft nicht zu“ und auch „trifft wenig zu“ gewählt. Hier ist zu beachten, dass 17 Prozent der Eltern eines Kindes ohne Behinderung zu dieser Aussage keine Bewertung abgegeben haben. Somit war dies die Frage mit der geringsten Beantwortungsquote. Es könnte zum einen daran liegen, dass diese Eltern die Frage missverstanden haben, aber zum anderen auch, dass sie eventuell hierzu einfach keine Aussage treffen wollten. Die Auswertung zu den beiden darauffolgenden Fragen wird anhand eines Kreisdiagramms dargestellt. Zunächst sollten die Eltern beurteilen, ob die Pädagogen an Sonderschulen aufgrund ihrer Ausbildung am besten mit behinderten Kindern im Unterricht umgehen können. Auf der linken Seite ist das Ergebnis der Eltern von Kindern ohne Behinderung zu sehen und auf der rechten Seite das der Eltern der behinderten Kinder.

Abbildung 4: Auswertung der Frage 2.2 des Fragebogens an Eltern von Kindern ohne Behinderung sowie Frage 3.2 des Fragebogens an Eltern von Kindern mit Behinderung



Quelle: Eigene Darstellung

Es ist zu erkennen, dass bei beiden Diagrammen die Antwortmöglichkeit „trifft ziemlich zu“ am häufigsten gewählt wurde. Auch die völlige Übereinstimmung damit, dass die Sonderschullehrer in der Schule am besten mit behinderten Kindern umgehen können, wurde in beiden Fällen zu ungefähr einem Viertel gegeben. Jedoch sind immerhin auch circa ein Viertel der Eltern eines Kindes ohne Behinderung der Meinung, dass dies nicht oder wenig zutrifft. Hingegen wurden diese Antworten von den Eltern der behinderten Kinder nicht ein einziges Mal gewählt.

Anschließend haben die Eltern bewertet, ob die Lehrer an den Regelschulen genügend für den Umgang mit behinderten Kindern ausgebildet sind. Auch hier sieht man auf der linken Seite das Ergebnis der Eltern der Kinder ohne Behinderung und auf der rechten Seite das der Eltern der behinderten Kinder.

Abbildung 5: Auswertung der Frage 2.3 des Fragebogens an Eltern von Kindern ohne Behinderung sowie Frage 3.3 des Fragebogens an Eltern von Kindern mit Behinderung



Quelle: Eigene Darstellung

Im Gegensatz zu der vorherigen Auswertung sind sich die Eltern der nicht behinderten und die Eltern der behinderten Kinder bei dieser Frage ziemlich einig. In beiden Fällen haben die Eltern ihr Kreuz eher in der Mitte gesetzt. Sie tendieren also zwischen trifft wenig und trifft ziemlich zu.

Die Eltern sind überwiegend der Meinung, dass ausreichend Personal an der Schule zur Verfügung steht. Ganz im Gegensatz zu diesem Ergebnis nannten viele Eltern später bei den offenen Fragen den Verbesserungsvorschlag, mehr und vor allem speziell geschultes Personal zur Verfügung zu stellen. Die Eltern von Kindern ohne Behinderung wurden zusätzlich gefragt, ob die Lehrer trotz der behinderten Kinder im Unterricht noch genügend Zeit für die anderen Schüler haben. Für 56 Prozent der Eltern trifft dies ziemlich zu, jeweils 20 Prozent finden es völlig, aber auch wenig zutreffend.

Die Fragebögen schlossen mit offenen Fragen ab, bei denen die Eltern gebeten wurden, Vor-, Nachteile und Verbesserungsvorschläge zu nennen. Erfreuliche 80 Prozent der Eltern haben zumindest bei einer offenen Frage einen Beitrag abgegeben. Die am häufigsten genannten Antworten sollen nun hier zusammengefasst werden.

Die Eltern von Kindern ohne Behinderung nannten mit Abstand am häufigsten für ihre Kinder den Vorteil, dass sie durch die Inklusion den Umgang mit Behinderten lernen. Die Kinder werden diesem Thema gegenüber offener und es wird zur Selbstverständlichkeit, dass behinderte Menschen überall dabei sind. Ein weiterer wichtiger Vorteil für sehr viele Eltern ist, dass die soziale Kompetenz der Kinder gestärkt wird. Ein Elternteil schrieb, dass kein Bildungsplan das ersetzen kann, was Kinder durch die Inklusion lernen. Sie merken so bereits in der Schulzeit, dass nicht immer nur Leistung und gute Noten zählen. Auch Berührungsängste werden laut den Eltern abgebaut und dafür Toleranz, Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft aufgebaut. Weiter finden sie es wichtig, dass die behinderten Kinder nicht ausgeschlossen werden, indem sie auf Sonderschulen geschickt werden, sondern dass alle Kinder so akzeptiert und in der Schule angenommen werden, wie sie sind. Einige Eltern sehen es auch als Vorteil, dass durch die inklusive Beschulung die Klasse etwas kleiner ist und

durch die vertrautere und individuellere Förderung alle Kinder einen Vorteil haben.

Die Eltern von Kindern mit Behinderung nannten den Vorteil, dass ihr Kind durch die Inklusion ein normales Umfeld hat, wie alle anderen behandelt wird und sich am Normalmaß orientieren kann. Sie finden es schön, dass so auch Freundschaften entstehen können, die anders nicht zustande kommen würden. Auch hier sprachen die Eltern von weniger Berührungsängsten zwischen den Kindern. Die gegenseitige Unterstützung aller Klassenkameraden sehen sie als positiv an.

Nachteile sehen Eltern von Kindern ohne Behinderung nicht nur für ihre eigenen, sondern auch ganz oft für die behinderten Kinder. Viele sprachen davon, dass die behinderten Kinder oft geärgert und gemobbt werden und dass nicht immer gut mit ihnen umgegangen wird. Viele Eltern haben bei der Beantwortung ganz klar zwischen körperlich und geistig behinderten Kindern unterschieden. Einige Eltern waren der Meinung, dass geistig behinderte Kinder nicht ausreichend gefördert werden und anders als auf einer Schule für Geistigbehinderte keine Therapieangebote wahrnehmen können. Es kann nicht individuell auf die verschiedenen Arten von Behinderung eingegangen werden und auch nicht jedes Kind ist für eine inklusive Beschulung geeignet. Für ihre eigenen Kinder sehen Eltern den Nachteil, dass manche behinderte Kinder stören und vom Unterricht ablenken und so der Unterricht langsamer vorwärts geht. So bleiben die anderen Kinder auf der Strecke oder werden vernachlässigt. Ein weiterer oft genannter Nachteil ist die Überlastung der Lehrer mit dieser Situation sowie dass es nicht genügend Lehrer gibt und für eine inklusive Beschulung umgehend mehr Personal eingestellt werden müsste. Auch haben nach Meinung der Eltern die Lehrer mangelnde Kenntnisse im Bereich der Sonderpädagogik. Zudem wird bemängelt, dass zu wenig Geld für die Umsetzung da ist, sodass nicht alle Hilfsmittel angeschafft werden können.

Genau diese beiden zuletzt genannten Probleme wurden auch von den Eltern behinderter Kinder genannt. Zudem sind die Gebäude zumeist nicht

für Behinderte ausgelegt. Sie haben keine Behindertentoilette, sind nicht rollstuhlgerecht und die Pausen sind für ein körperlich behindertes Kind definitiv zu kurz, um auf die Toilette zu gehen und noch etwas zu essen. Auch finden die Eltern, dass die Klassen oftmals noch zu groß sind.

Am häufigsten wurde der Verbesserungsvorschlag genannt, dass für eine gelingende Inklusion unbedingt mehr Personal und vor allem speziell geschultes Personal gewonnen werden muss. Die Lehrer müssen weitergebildet werden, da Inklusion die Zukunft sein wird. Einige Eltern fänden es sinnvoll, wenn die behinderten Kinder nicht die volle Unterrichtszeit anwesend wären und teilweise gesondert unterrichtet und gefördert würden. Wichtig wäre es, wenn über die Behinderung in der Klasse gesprochen wird und es somit kein Tabuthema bleibt. Zur Förderung des Umgangs könnten öfters Gruppenarbeit gemacht oder auch gemeinsame Sportveranstaltungen organisiert werden. Erfreulicherweise wünschen sich Eltern mehr Inklusionsklassen und Inklusion in noch viel mehr Lebensbereichen als nur in der Schule. Viele Eltern sehen aber auch, dass es viel leichter ist, ein körperlich statt ein geistig behindertes Kind inklusiv zu beschulen und sind daher nicht abgeneigt zu sagen, dass unbedingt jeder Einzelfall geprüft werden muss und dann eventuell das Kind besser auf eine Sonderschule geht. Die Eltern sind der Meinung, dass auch kleinere Klassen weiterhelfen würden.

Die Eltern von Kindern mit einer Behinderung wünschen sich vor allem die bessere Ausstattung der Schule. Für sie ist ein barrierefreier Zugang wie beispielsweise ein Aufzug für Körperbehinderte immens wichtig. Auch ein zweiter Lehrer in Hauptfächern sowie die Teilnahme von Sonderschullehrern am Unterricht wäre sehr hilfreich.

Die Eltern hatten also insgesamt sehr viele verschiedene Anregungen, um die inklusive Beschulung in Zukunft zu verbessern. Einiges davon kann ohne großen Aufwand umgesetzt werden, die grundlegenden Aspekte wie das Einstellen von mehr Lehrpersonal sowie von Sonderpädagogen an

Regelschulen benötigt jedoch grundlegende Veränderungen des gesamten Schulsystems.

Abschließend sollen nun die zuvor aufgestellten Hypothesen belegt oder widerlegt werden. Die Zusammenhangshypothese, dass zwischen dem Besuch einer Gemeinschaftsschule und damit der Befürwortung der Inklusion von behinderten Kindern ein Zusammenhang besteht, kann anhand der Beantwortung der Fragebögen grundsätzlich so nicht ganz belegt werden. Es fällt auf jeden Fall auf, dass die Eltern, deren Kinder eine Gemeinschaftsschule besuchen, die Inklusion sehr positiv bewerten, jedoch nicht mehr oder nicht weniger positiv, als die Eltern, deren Kinder auf dem Gymnasium oder im Bildungszentrum unterrichtet werden und ein Kind inklusiv beschult wird. Erstaunlich war, dass in zwei Klassen einer Gemeinschaftsschule, in der insgesamt vier Kinder inklusiv beschult werden, kein Fragebogen der Eltern eines behinderten Kindes zurückgekommen ist. Damit wurde nicht gerechnet, da vom Schulleiter zuvor eine sehr hohe Beteiligung angekündigt wurde.

Die Unterschiedshypothese lautete, dass es keinen Unterschied zwischen den Meinungen der Eltern von Kindern unterschiedlicher Altersklassen gibt. Bei der Befragung gab es zwei Klassen im Grundschulalter, eine erste und eine dritte Klasse, sowie fünf Klassen zwischen den Klassenstufen sechs und neun, die jeweils zusammen betrachtet und miteinander verglichen wurden. Vor allem bei der Betrachtung der Ergebnisse der ersten beiden Rubriken des Fragebogens an die Eltern von Kindern ohne Behinderung fällt sofort auf, dass es sehr wohl einen Unterschied zwischen den Altersklassen bei der Beantwortung der Fragen gibt. Eltern, deren Kinder in einer höheren Altersstufe sind, haben die Fragen zur Inklusion eines behinderten Kindes und was für Auswirkungen dieses auf ihr eigenes Kind hat grundsätzlich um einiges schlechter bewertet, als die Eltern, deren Kinder sich noch in der Grundschulstufe befinden. Während zumeist kein Elternteil bzw. -paar von Grundschulkindern eine Aussage über Inklusion

schlecht bewertet hat, gab es bei den Eltern von älteren Kindern einige, die dadurch Nachteile für ihr Kind sehen. Es ist somit ganz deutlich geworden, dass diese Hypothese durch die Befragung widerlegt worden ist. Die Eltern von Kindern in den höheren Klassen stehen der Inklusion kritischer gegenüber, obwohl gesagt werden muss, dass trotzdem die meisten Eltern die Aussagen über Inklusion positiv bewertet haben.

Die letzte Hypothese sagte aus, dass es bei gleichen Fragen zwischen der Meinung der Eltern eines behinderten Kindes und der Meinung der Eltern eines nicht behinderten Kindes einen Unterschied gibt, dahingehend dass Eltern eines behinderten Kindes die Inklusion grundsätzlich positiver sehen und in den Fragebögen auch positiver beurteilen werden. Beim Vergleich der Ergebnisse der Fragen aus beiden Fragebögen insgesamt fällt auf, dass die Annahme nicht bejaht werden kann. Die Eltern sehen die Inklusion gleichermaßen positiv und negativ. Es kann nicht von vornherein gesagt werden, dass Eltern zwanghaft die Inklusion ihres behinderten Kindes wünschen und deshalb nur Vorteile darin sehen. Verblüffend hingegen ist, dass die Eltern eines behinderten Kindes nur zu 50 Prozent Vorteile für ihr Kind bei der inklusiven Beschulung sehen und genauso zu 50 Prozent Nachteile. Die Eltern der Mitschüler hingegen sehen ganz klar viel eher Vor- als Nachteile für ihre Kinder, wenn ein behindertes Kind inklusiv in der Klasse beschult wird. Bei der Frage, ob es generell besser wäre, ein behindertes Kind in einer Sonderschule unterrichten zu lassen, unterscheiden sich die Meinungen der Eltern kaum. Jeweils die meisten Kreuze wurden bei dieser Aussage bei „trifft nicht zu“ sowie „trifft wenig zu“ gesetzt. Lediglich bei den offenen Fragen kommt zum Vorschein, dass Eltern von Kindern ohne Behinderung einige negative Aspekte der Inklusion nennen wie beispielsweise, dass die behinderten Kinder, vor allem die geistig Behinderten, häufig den Unterricht stören und dass der Unterricht manchmal langsamer vorangeht als er ohne die behinderten Kinder vorangehen würde. Solche Aussagen wurden verständlicherweise nicht von Eltern eines behinderten Kindes geäußert. Diese haben auch keinen ein-

zigen Nachteil genannt, der durch ihr eigenes Kind für die Mitschüler entstehen könnte. Sie haben bei dieser offenen Frage lediglich Nachteile genannt wie beispielsweise dass die Schule zu wenig behindertengerecht ist oder dass den Schulen zu wenig Geld zur Verfügung steht, um die Inklusion besser umzusetzen und auch mehr Lehrer einzustellen.

Im Großen und Ganzen fiel auf, dass die befragten Eltern die Inklusion, die in der Klasse ihres Kindes stattfindet, sehr befürworten und sich lediglich Verbesserungen der bestehenden Situation, jedoch keinesfalls den Abbruch der Inklusion wünschen. Das ist ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis.

4.3 Der Antrag auf Gewährung eines Schulbegleiters

Der Main-Tauber-Kreis ist sehr engagiert, die Inklusion in allen Lebensbereichen eines Menschen mit Behinderung im Landkreis anzukurbeln und diesem somit das Leben einfacher zu gestalten.

Im Bereich der schulischen Inklusion war es den Mitarbeitern im Sozialamt ein Anliegen, dass im Zusammenhang mit dieser Bachelorarbeit ein eigenständiger Antrag auf Gewährung eines Schulbegleiters erstellt wird. Zuvor haben die Eltern für ihr behindertes Kind den Antrag auf Sozialhilfe, z.B. für Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt und Eingliederungshilfe verwendet, um einen Schulbegleiter zu beantragen. Das war zum einen sehr umständlich für die Mitarbeiter, die vor der Versendung an die Eltern bestimmte Teile des Antrags streichen mussten, da für die Beantragung eines Schulbegleiters nicht alle Informationen der Eltern benötigt werden, die für die Beantragung der anderen Leistungen notwendig sind. Zusätzlich mussten dann weitere Informationen bei den Eltern eingeholt werden, da der Antrag nicht alle für die Gewährung eines Schulbegleiters notwendigen Informationen erfragte. Zum anderen war es aber auch für die Eltern schwierig, den Antrag zu verstehen und auszufüllen. Viele Eltern hatten solche Probleme mit dem Antrag, dass sie ihn nicht alleine ausfüllen konnten und ihn deshalb gemeinsam mit dem zuständigen Mitarbeiter im Sozi-

alamt bearbeiten mussten. Auch die Befragung der Eltern hat ergeben, dass diese sich einen eigenständigen Antrag dafür wünschen, den jeder weitestgehend ohne Hilfe ausfüllen kann.

Gemeinsam mit der Sachgebietsleitung, Amtsleitung und dem zuständigen Mitarbeiter des Sachgebietes Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wurde besprochen, welche Informationen für die Beantragung eines Schulbegleiters von den Eltern benötigt werden und welche Passagen aus dem gängigen Antrag auf Sozialhilfe weiterhin enthalten sein, entfernt oder erweitert werden müssen. Anhand davon wurde dann der Antrag auf Gewährung eines Schulbegleiters entwickelt.⁷⁹

Zunächst sollen persönliche Angaben des Schülers und anschließend der Eltern bzw. Sorgeberechtigten gemacht werden. Es ist wichtig, zu wissen wo der Antragsteller – also der Schüler – kranken- und pflegeversichert ist. Hier werden auch Angaben über die Pflegestufe des Kindes eingeholt. Auch ist es wichtig, zu erfahren, ob das Kind schwerbehindert ist. Danach wird über die Diagnosen, speziell die Behinderung, chronische Erkrankungen, stationäre Aufenthalte, therapeutische Behandlungsmaßnahmen sowie die medizinische Versorgung berichtet. Auch müssen Angaben zu Mobilität, Motorik, herausforderndem Verhalten, Verhaltensweisen, Kommunikation und weiteren besonderen Hilfebedarfen gemacht werden. Nun werden detaillierte Angaben zum Betreuungsbedarf und zur Schule verlangt. An dieser Stelle wird unter anderem auch nach einer Maßnahmenkombination mit einem anderen behinderten Kind in der Klasse oder in der gesamten Schule gefragt und ob bereits mit dem Staatlichen Schulamt Künzelsau Kontakt aufgenommen wurde. Am Ende des Antrags werden die Antragsteller gebeten, die Bankverbindung zu nennen und auf die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben hingewiesen, die durch die Unterschrift der Eltern bzw. Sorgeberechtigten bestätigt wird.

Von nun an wird dieser Antrag im Sachgebiet für die Gewährung eines Schulbegleiters verwendet. Mit der Zeit wird sich zeigen, ob er sich be-

⁷⁹ Antrag auf Gewährung von Sozialhilfe, Anlage 17 sowie Antrag auf Gewährung eines Schulbegleiters, gemeinsam mit dem Sachgebiet erstellt, Anlage 18.

währt und den Eltern eines Kindes mit Behinderung die Antragstellung dadurch auch wirklich erleichtert wurde.

5 Fazit und Ausblick

Es hat sich gezeigt, dass die Inklusion nicht nur in der Politik, sondern auch im Main-Tauber-Kreis zur Zeit ein bedeutungsvolles Thema ist, dem immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Hinsichtlich der inklusiven Beschulungen wird hier bereits viel getan. In einigen Schulklassen wird die Inklusion schon seit einiger Zeit gelebt und jedes Schuljahr stoßen neue Schulen oder Klassen hinzu. „Die positive Botschaft lautet: Inklusion ist möglich!“⁸⁰

Fakt ist aber, dass Inklusion auf keinen Fall erzwungen werden darf. Die Beteiligten, egal ob Schüler, Eltern oder Lehrer, müssen dazu bereit sein, eine inklusive Beschulung durchführen zu wollen. Ansonsten würde das Ergebnis auch niemals für alle zufriedenstellend sein. Die Umfrage hat gezeigt, dass die Eltern, deren Kinder in einer Klasse mit inklusiver Beschulung im Main-Tauber-Kreis sind, der Inklusion überwiegend positiv gegenüberstehen und für ihre Kinder kaum Nachteile sehen. Das ist ein guter Grund, die inklusiven Beschulungen im Main-Tauber-Kreis auch weiter voranzutreiben. Der Landkreis ist – wie bereits erwähnt – ein sehr ländlich geprägter Raum. Leider ist es sogar bereits vorgekommen, dass Eltern mit ihrem behinderten Kind in einen Ballungsraum umgezogen sind, da es dort für das Kind mehr Möglichkeiten gibt und es dem Main-Tauber-Kreis hier im Vergleich noch an Offenheit und Innovativität fehlt. Dem entgegenzuwirken muss das Ziel sein.

Nichtsdestotrotz ist die Verfasserin der Meinung, dass hinsichtlich einer inklusiven Beschulung zwischen körperlicher und geistiger Behinderung sowie zwischen den verschiedenen Schularten differenziert werden muss. Ein körperlich behindertes Kind benötigt gegebenenfalls bauliche

⁸⁰ Kersten Reich, Inklusion und Bildungsgerechtigkeit, Standards und Regeln zur Umsetzung einer inklusiven Schule, 2012, S. 7 (zit.: Reich, Kersten, 2012).

Änderungen an der Schule oder andere Hilfen, aber es kann den gleichen Lernstandard wie seine Mitschüler erreichen. Es hätte somit keine Probleme, dem Unterricht in einem Gymnasium zu folgen. Schwieriger gestaltet sich dies bei einem geistig behinderten Kind. Es hat meistens nicht die gleichen Voraussetzungen und kann nicht das Lernniveau wie seine Mitschüler, geschweige denn das Abitur erreichen. Das ist den Eltern von geistig behinderten Kindern auch bewusst und trotzdem kämpfen vereinzelt einige für die Teilnahme am Unterricht eines Gymnasiums. Es ist fraglich, ob dies im Sinne des Kindes ist. Geeigneter ist für ein geistig behindertes Kind womöglich der Besuch einer Gemeinschaftsschule. Schon deren Leitbild ist von der Inklusion geprägt und die Schule ist darauf ausgerichtet, Kinder mit unterschiedlichen Lernstandards aufzunehmen. Hier werden die Kinder auf ihrem Niveau gefördert und sind im Unterricht sowie in den Pausen mit vielen Kindern in Kontakt. Trotzdem ist es sehr wichtig, jeden Einzelfall genau zu betrachten, da keine einheitliche Regel hierzu aufgestellt werden kann.

Wenn man an die Zukunft der Inklusion denkt, ist es vor allem von Bedeutung, dass die inklusive Beschulung endlich im neuen Schulgesetz einheitlich geregelt wird. Es muss festgelegt werden, wer darüber entscheidet, auf welche Schule ein Kind mit Behinderung geht, wer für die Kosten der inklusiven Beschulung aufkommt und genauso, welche Aufgaben pädagogischer und welche begleitender Art sind.

Im Main-Tauber-Kreis entwickeln sich immer mehr inklusive Angebote, oft in Kooperation mit Sonderschulen und der Trend geht immer mehr zur Umstrukturierung zur Gemeinschaftsschule hin. Die Beteiligten setzen alles daran, gruppenbezogene Lösungen herzustellen, damit die inklusiven Beschulungen optimiert werden können und die Regelschulen zeigen große Bereitschaft, behinderte Kinder aufzunehmen.⁸¹

Nicht nur für den Main-Tauber-Kreis gilt: Inklusion ist die Zukunft!

⁸¹ Vgl. Interview, Frage 11, Anlage 8.

Literaturverzeichnis

Bücher:

Bleidick, Ulrich: Behinderung als pädagogische Aufgabe: Behinderungsbegriff und behindertenpädagogische Theorie, Stuttgart; Berlin; Köln 1999, Kohlhammer GmbH

Blum, Volker/ Diegelmann, Elmar: Grundkurs Schulmanagement VI, So kann Inklusion an Schulen gelingen, Praxisberichte aus unterschiedlichen Perspektiven, 2014

Boorberg Verlag Stuttgart: Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg, 1968, Loseblatt, Stand: 80. Lfg., 01.01.2014

Castendiek, Jan/ Hoffmann, Günther: Das Recht der behinderten Menschen, Ein Handbuch für behinderte Menschen und deren Angehörige, Mitarbeiter in Einrichtungen und die rechtsberatenden Berufe, 2002

Hochstetter, Herbert/ Muser, Eckart: Schulgesetz für Baden-Württemberg, Erläuterte Textausgabe, 2005

Kirchhoff, Sabine u.a.: Der Fragebogen, Datenbasis, Konstruktion und Auswertung, 4. Auflage, 2008

Konrad, Klaus: Mündliche und schriftliche Befragung - Ein Lehrbuch, 2011

Kreutz, Marcus/ Lachwitz, Klaus/ Trenk-Hinterberger, Peter: Die UN-Behindertenrechtskonvention in der Praxis, Erläuterungen der Regelung und Anwendungsgebiete, 2013

Kruse, Jürgen u.a.: SGB XII Sozialhilfe, Kommentar, 3. Auflage, 2012

Lachwitz, Klaus/Schellhorn, Walter/Welti, Felix: SGB IX, Handkommentar, 3. Auflage, 2010

Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft Bonn: Inklusion vor Ort: Der Kommunale Index für Inklusion - ein Praxishandbuch, 2011

Münder, Johannes u.a.: SGB XII, Lehr- und Praxiskommentar, 8. Auflage, 2008

Poscher, Ralf/ Rux, Johannes/ Langer, Thomas: Von der Integration zur Inklusion, Das Recht auf Bildung aus der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und seine innerstaatliche Umsetzung, 2008

Reich, Kersten: Inklusion und Bildungsgerechtigkeit, Standards und Regeln zur Umsetzung einer inklusiven Schule, 2012

Schöler, Jutta/ Merz-Atalik, Kerstin/ Dorrance, Carmen: Auf dem Weg zur Schule für alle? Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich: Vergleich ausgewählter europäischer Länder und Empfehlungen für die inklusive Bildung in Bayern, 2010

Welke, Antje: UN-Behindertenrechtskonvention mit rechtlichen Erläuterungen, 2012

Zeitschriften:

Küstermann, Burkhard/ Eikötter, Mirko: Behindertenrecht: Fachzeitschrift für Fragen der Rehabilitation mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete Schwerbehindertenrecht, Kriegsopferversorgung, Kriegsopferfürsorge, Heft 3 2013

Broschüren:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft, Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, August 2011

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quellen gekennzeichnet.“

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.“

Datum, Unterschrift